P. b. b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

NUMMER 128 5. Ausgabe 1971 EINZELPREIS S 3.-



1. Mai 1971 – 100 Jahre Pariser Kommune

Heute, am 1.Mai 1971, vor genau hundert Jahren, entfaltete sich der legendäre Verteidigungskampf der Pariser Kommunarden gegen die Übermacht der französischen und preußischen Konterrevolution. Heute vor hundert Jahren trat im revolutionären Paris das ganze arbeitende Volk, Männer, Frauen und selbst Kinder, auf die Barrikaden, um ihren heldenhaften Versuch der Errichtung der Arbeitermacht, des ersten Staats der Diktatur des Proletariats, mit der Waffe in der Hand gegen eine Welt von Feinden zu behaupten.

Fünfzehn Jahre später, am 1.Mai 1886, demonstrierten in Chicago die Arbeiter für ihre sozialen Rechte. Die amerikanische Polizei eröffnete gegen sie das Feuer und verwandelte die Straßen der Stadt in ein blutiges Schlachtfeld.

Wieder drei Jahre später nahm der Gründungskongreß der II.Internationale in Paris die Schüsse von Chicago zum Anlaß, den 1.Mai zum alljährlichen gemeinsamen Kampftag des internationalen Proletariats, seiner weltumspannenden Befreiungsbewegung zu erklären. In den folgenden Jahren erbebten am 1.Mai die herrschenden Klassen angstvoll vor grandiosen proletarischen Massenbewegungen, Generalstreiks und Kampfdemonstrationen.

Notwendiger denn je ist es heute, sich diesen r e v o l u t i o n ä r e n Sinn des 1.Mai wieder in Erinnerung zu rufen, ihm gerecht zu werden, den kämpferischen Geist dieses Tages wiederzubeleben.

Opportunismus und Revisionismus haben den Ersten Mai, wie so vieles andere, in einen für die herrschende Klasse harmlosen Ritus und in eine



leere Form verwandelt, deren zunehmende Farblosigkeit mit der Buntheit der verkauften Luftballons und Fähnchen schroff kontrastiert.

Die österreichische Arbeiterklasse braucht einen anderen 1.Mai, einen 1.Mai des revolutionären Kampfes. Nur sie selber kann ihn wieder hervorbringen.

Arbeiter und Arbeiterinnen, Werktätige unseres Landes, laßt nicht zu, daß der internationale Kampftag des Proletariats in ein Kinderfest umgefälscht wird! Sorgt dafür, daß der 1.Mai seinen ursprünglichen revolutionären, kämpferischen Sinn wiedererlangt!

1.Mai - das heißt, daß die arbeitenden Massen nicht auf Gnadenakte und Brosamen von Parlament und Regierung warten, sondern für ihre Forderungen auf die Straße gehen, dafür k ä m p f e n !

1.Mai - das heißt illusionslosen, unversöhnlichen Kampf gegen das Kapital, gegen seinen Staatsapparat, gegen seine Henker und Pfaffen, gegen das ganze fluchbeladene System, das sich zur Erhaltung seiner Ausbeuterwirtschaft heute noch auf die Kunst seiner Demagogen, aber vielleicht schon morgen wieder auf die Macht seiner Polizeiknüttel und Gefängnisse, Stahlhelme und Maschinengewehre stützen wird!

1.Mai - das heißt, von den Pariser Kommunarden, von den ermordeten Arbeitern Chicagos, aus den revolutionären Kämpfen und Erfahrungen des eigenen und aller anderen Völker zu lernen, daß es keinen kampflosen, keinen parlamentarischen, keinen "friedlichen" Weg zum Sozialismus gibt, sondern nur den Weg der proletarischen Revolution, des gewaltsamen Sturzes des Kapitalismus, der Errichtung der Diktatur der arbeitenden Massen!

In diesem und nur in diesem Sinne können wir in den Ruf einstimmen: "Hoch der 1.Mai!" Es lebe der 1.Mai als K a m p f t a g aller Ausgebeuteten und Unterdrückten!

MLPÖ

Erfolgreicher Verlauf des 2. Parteitags der MLPÖ

MITTEILUNG DES ZENTRALKOMITEES DER MLPÖ

Der seit Jahresbeginn vorbereitete Zweite Ordentliche Parteitag der MLPÖ ist im März 1971 erfolgreich durchgeführt worden.

Der Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees und der ganzen Partei seit ihrem Ersten Parteitag im März 1969 wurde von den Delegierten in einer gründlichen Diskussion kritisch geprüft und einmütig gebilligt.

Im Mittelpunkt der Beratungen des Parteitags standen vor allem Fragen der P a r t e i o r g a n i s a t i o n, der Schaffung neuer Grundorganisationen und Stützpunkte in Betrieben und Wohngebieten, der Belebung und Intensivierung der Arbeit der bestehenden Grundorganisationen, der engeren Verbindung zwischen ihnen und dem Zentralkomitee, der besseren Organisation des Erfahrungsaustausches zwischen den einzelnen Abteilungen der Partei usw.

Breiten Raum widmete der Parteitag den positiven und negativen Erfahrungen der Arbeit in den M a s s e n o r g a n i s a t i o n e n und insbesondere unter der J u g e n d. Der Parteitag bekräftigte die auf diesem Tätigkeitsgebiet eingeschlagene Linie des Zentralkomitees und unter-



strich die Notwendigkeit, besonders den Zirkeln und Gruppen der kämpferisch orientierten Jugend aktive Unterstützung angedeihen zu lassen und ihnen nicht bloß technische, sondern vor allem p o l i t i s c h e und i d e o l o g i s c h e Hilfe zu geben. In diesem Zusammenhang betonte der Parteitag, daß bei der Zusammenarbeit mit linken Gruppen und fortschrittlichen Massenorganisationen ein Maximum an Elastizität, Aufgeschlossenheit und Verständnis mit hoher revolutionärer Wachsamkeit und unbedingter marxistisch-leninistischer Prinzipienfestigkeit verbunden werden muß. Hinsichtlich der Jugendarbeit wurde beschlossen, die Tätigkeit der Jugendsektion der MLPÖ zu forcieren und eine Zentrale Jugendkommission der Partei zu bilden, um diese Arbeit besser anzuleiten.

Der Parteitag stellte fest, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Verstärkung der S c h u l u n g s a r b e i t der Partei von besonderer Wichtigkeit ist. Auf der Basis eines sieben grundlegende Themenbereiche umfassenden Schulungsprogramms wurde die Organisierung von S c h u l u n g s z i r k e l n beschlossen, darunter auch von solchen, an denen Nichtparteimitglieder teilnehmen können.

Zum Tagesordnungspunkt "Proble-

me des proletarischen Internationalismus" diskutierte der Parteitag Möglichkeiten und Wege der Festigung der Verbindung der MLPÖ mit ihren Bruderparteien in aller Welt, erörterte die auf diesem Sektor noch bestehenden Mängel und Unzulänglichkeiten und beschloß, den Erfordernissen des proletarischen Internationalismus noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Alle zu diesem Tagesordnungspunkt gefaßten Beschlüsse (siehe die in dieser Nummer veröffentlichten Resolutionen des Parteitags) wurden in voller Einmütigkeit gefaßt.

Auch der 2. Parteitag der MLPÖ war gezwungen, dem leidigen Problem der unzureichenden materiellen Basis der Partei und ihrer unverändert kritischen Finanzlage viel Zeit zu widmen. Von Seiten des Zentralkomitees lag diesbezüglich ein Antrag vor, die bisherigen, sehr niedrigen Mindestbeitragssätze für Mitglieder und Kandidaten der Partei ab sofort zu verdoppeln. Nach einer längeren Diskussion, an der sich vor allem die Delegierten aus den Bundesländern beteiligten, wurde der Antrag jedoch zurückgezogen und der Beschluß gefaßt, allen Mitgliedern und Kandidaten der Partei die freiwillige Verdoppelung ihrer Mindestbeiträge - ohne Schmälerung ihrer Kampffondsleistungen - nahezulegen. Wie der Parteitag unterstrich, muß bei der Erörterung der finanziellen Notlage der Partei in den Grundorganisationen und mit den einzelnen Mitgliedern erreicht werden, daß sich diese womöglich zu regelmäßigen monatlichen Notfonds-Spenden über die bisherigen Beiträge hinaus bereit erklären, um einen Engpaß beseitigen zu helfen, der bereits zu einem objektiven Hindernis einer breiten Öffentlichkeitsarbeit der Partei geworden ist.

Ohne besondere Diskussion nahm der Parteitag den Beschluß an, bei den Bundespräsidentenwahlen weder den ÖVP-Kandidaten Waldheim noch den Rechtssozialisten Jonas zu unterstützen, sondern zur Abgabe ungültiger Stimmzettel aufzufordern.

Die seit dem 1. Parteitag vor zwei Jahren erzielten Fortschritte der Partei dokumentierten sich auf dem 2. Parteitag in vielfältiger Weise: in den strengeren Maßstäben bei der Auswahl der Delegierten, im höheren Niveau und Gewicht der Diskussion, in der besseren sozialen und altersmäßigen Zusammensetzung usw. War das Durchschnittsalter der Delegierten auf dem 1. Parteitag mit 47 Jahren noch sehr hoch gewesen, betrug es auf dem 2. Parteitag nur 38 Jahre und war über ein Drittel der Delegierten noch nicht 30 Jahre alt. Die Mehrheit des Parteitags bildeten im Beruf stehende Arbeiter. Zählt man zu ihnen die Angestellten und Arbeiterrentner, ergibt sich ein Anteil von zwei Dritteln.

In einer Atmosphäre kämpferischer Einheit erfolgten die Wahlen der Mitglieder des neuen Zentralkomitees, und der Zentralen Kommissionen der Partei. Wie schon auf dem 1. Parteitag wurde beschlossen, über die Zusammensetzung dieser Institutionen keine Veröffentlichungen vorzunehmen.

Der Zweite Ordentliche Parteitag der MLPÖ legte die Basis für die Verstärkung und Verbesserung der Arbeit der Partei auf vielen wichtigen Gebieten. Auf dieser Basis gilt es jetzt mit aller Kraft zu arbeiten und zu kämpfen.

ES GIBT NUR EIN CHINA!

Der 2. Parteitag der MLPÖ hat hinsichtlich der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und der Volksrepublik China die nachstehende Erklärung beschlossen und sie der österreichischen Bundesregierung übermittelt:

Erklärung

Die Beschlüsse der Regierungen Italiens, Kanadas und Chiles, denen inzwischen eine Reihe weiterer Regierungen gefolgt sind, volle diplomatische Beziehungen zu der sozialistischen Volksrepublik China aufzunehmen, haben mit Recht auch in der österreichischen Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit gefunden und nachdenklich gemacht. Daß Österreich als einziges unter den sich als neutral bezeichnenden Ländern Europas die Existenz der mehr als 700 Millionen Einwohner zählenden Volksrepublik China bis jetzt nicht völlig zur Kenntnis nehmen wollte, während sich sogar NATO-Länder um normale Beziehungen zu Volkschina bemühen, hat sich endgültig als reaktionärer Schildbürgerstreich bloßgestellt, der zwar nicht dem großen China, wohl aber dem kleinen Österreich beträchtlich geschadet hat.

Angesichts der Unhaltbarkeit und Lächerlichkeit dieser Situation hat sich nun endlich auch die österreichische Bundesregierung gezwungen gesehen, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China in Erwägung zu ziehen und diesbezügliche Kontakte anzubahnen.

Der Zweite Ordentliche Parteitag der MLPÖ begrüßt diese Schritte als längst überfällige Akte gebieterischer Notwendigkeit und klagt jenes politische Ignorantentum an, das sie so lange hinausgezögert hat. Gleichzeitig aber warnt der Parteitag vor den auch jetzt noch sichtbar werdenden Versuchen, die Anbahnung normaler staatlicher Beziehungen zum großen China durch Machinationen in Richtung der absurden und gefährlichen Theorie von angeblich "zwei chinesischen Staaten" zu sabotieren.

Es existieren nicht zweierlei Chinas, sondern einzig und allein die Volksrepublik China, zu deren Territorium seit eh

und je auch die Insel Taiwan (Formosa) gehört. Daß Taiwan auf Grund massiver Einmischung der USA-Imperialisten derzeit von der Tschiangkaischek-Clique unterdrückt wird, ändert nichts an seiner territorialen Zugehörigkeit und stellt nur ein Intermezzo dar, das in absehbarer Zeit beendet sein wird.

Jede Konzession an die imperialistische Theorie von den "zweierlei Chinas" gefährdet nicht nur die endliche Herstellung normaler Beziehungen zum volkreichsten Land der Erde und vergrößert damit den schon eingetretenen Schaden für Österreich, sondern wäre auch eine direkte Schützenhilfe für die Wahnsinnspläne eines imperialistischen Interventionskriegs gegen China, der ein unermeßliches Völkergemetzel zur Folge hätte!

Der Zweite Ordentliche Parteitag der MLPÖ fordert die österreichische Bundesregierung auf, diesen Tatsachen uneingeschränkt Rechnung zu tragen.

„China nicht durch die Hintertür"

Das in Westdeutschland (Coburg) erscheinende, aber auch in Österreichs Industriekreisen weit verbreitete Wirtschafts-Fachblatt "Welthandels-Informationen" veröffentlichte vor einiger Zeit einen hochinteressanten Artikel unter dem Titel "China nicht durch die Hintertür", der inzwischen an Aktualität noch gewonnen hat. Ohne auf die für die bürgerliche Boulevardpresse obligatorischen Zwecklügen Rücksicht zu nehmen, zählt das Blatt die unbestreitbaren großen wirtschaftlichen und politischen Erfolge des sozialistischen China auf und fügt hinzu:

"Was Wunder, daß die VR China in der internationalen Politik und Handelspolitik präsent erscheint und man sich in zunehmendem Maß mit ihr beschäftigt."

Allerdings gebe es dabei gewisse Schwierigkeiten. In bezug auf Österreich spricht das Blatt ungeschminkt davon, daß die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zu Volkschina bisher an Rücksichten auf Länder scheiterte, "die an einem solchen Schritt keinen Gefallen finden". Und bei Westdeutschland nennt es ein solches Land direkt beim Namen, indem es bemerkt, Bonn sei in einer "noch schwierigeren" Situation, weil es "bei dem neuen Moskauer Vertragspartner kein Mißtrauen erwecken will". Wie man sieht, spielen also die sowjetischen Führer wieder eine besonders schäbige Rolle.

Man kann nicht bestreiten, daß das mehr dem Handel als der Politik zugewandte Blatt, das seriös sein kann, weil es nicht für den "Mann von der Straße" bestimmt ist, gut beobachtet. Das zeigt sich auch an einer Stelle, wo es deutlich macht, von welchen miteinander unvereinbaren Tendenzen die westliche "Chinapolitik" hin- und hergerissen wird: einerseits möchte man Volkschina als Hauptfeind und Hauptgefahr für den Kapitalismus und Imperialismus natürlich am liebsten erwürgen, andererseits aber wässert den Kapitalisten das Maul, wenn sie daran denken, wie schön man am China-Handel verdienen könnte. Da für die "Welthandels-Informationen" letzteres Interesse ausschlaggebend ist, ringen sie sich folgende Wahrheiten ab:

"Sollte man bei gewissen Stellen jedoch der Meinung sein, man könne gewissermaßen durch die Hintertür zu einem besseren Verhältnis mit Peking gelangen, so ist eine solche Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Weltmacht China hat es nicht notwendig, unterirdische politische Fummeleien... zu tätigen."

Das trifft natürlich erst recht in bezug auf unser Land zu. Würde die österreichische "China-Politik" das verkennen und sich von ihrem beliebten Motto "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß" nicht losreißen können, so könnte sich allzuleicht ergeben, daß der Pelz zwar nicht gewaschen, aber doch gehörig naß wird.

Zur Rolle der sowjetischen Führer und ihrer österreichischen Nachbeter

AUS EINEM REFERAT DES GENOSSEN FRANZ STROBL AUF DEM 2. PARTEITAG DER MLPÖ

Hier müssen wir uns etwas näher mit der Rolle der sowjetischen Führung und in Zusammenhang damit auch mit der Entwicklung in den Reihen ihrer österreichischen Nachbeter befassen.

Unbestreitbar gibt es in den letzten zwei bis drei Jahren in der Rolle der sowjetischen Führer gewisse Veränderungen und Entwicklungen, nicht nur quantitativer, sondern zum Teil auch solche qualitativer Natur. Allerdings muß man sofort hinzufügen, daß das keinesfalls Änderungen zum Besseren sind, sondern Änderungen zum Schlechteren. Die Rolle der sowjetischen Führer ist noch negativer, noch reaktionärer, noch gefährlicher geworden, als sie es in der vorhergegangenen Etappe war.

Auf dem Weg der revisionistischen Entartung der sowjetischen Führer gibt es vor allem zwei entscheidende Einschnitte. Der erste wird vom berüchtigten 20. Parteitag Chruschtschows im Jahre 1956 markiert, als der schon vorher latent vorhandene Revisionismus erstmals auf breiter Front offen zum Ausdruck kam. Der zweite entscheidende Einschnitt folgte dann in den Jahren 1968 und 1969 und fand seinen krassesten Ausdruck in der militärischen Okkupation der CSR und in den militärischen Provokationen gegen das sozialistische China.

DER ÜBERGANG ZUM SOZIALIMPERIALISMUS

Dieser zweite Einschnitt ist von größter Bedeutung. Er bezeichnet den Übergang vom traditionellen, sozusagen "klassischen" Revisionismus zu einer besonders aggressiven, sich der offenen militärischen Gewalt bedienenden Form, einer Weiterentwicklung also, die sich nicht mehr mit den Methoden der politischen und wirtschaftlichen Erpressung begnügt, sondern sie bis zur militärischen Intervention und Kriegsdrohung steigert. Stand beim Revisionismus, wie ihn Chruschtschow praktizierte (trotz der bekannten zynischen Vorgangsweise vor allem gegen Albanien, aber auch gegen China), im allgemeinen doch das Versöhnler- und Kapitulantentum

gegenüber dem Imperialismus im Vordergrund, so ist unter Breshnew und Co. der eigene aggressive imperialistische Expansionismus zum Hauptkennzeichen der Politik der sowjetischen Führer geworden. Selbstverständlich waren die Organisatoren des revisionistischen 20. Parteitags rücksichtslose Verräter der revolutionären Bewegung, was aber die Breshnew-Clique betrifft, stellt sie sich in immer zahlreicheren Fällen als Organisatorin der direkten bewaffneten Konterrevolution vor.

Mit anderen Worten: Seit 1968 hat der Revisionismus der sowjetischen Führer unmittelbar sozialimperialistische, großmachtchauvinistische, oftmals an den Faschismus erinnernde Züge angenommen. In diesem Sinne kann man sagen, daß es nicht bloß quantitative Veränderungen gibt, sondern bereits neue qualitative Merkmale sichtbar geworden sind.

Unserer Einschätzung nach ist die militärische Okkupation der Tschechoslowakei, die mit akuten Invasionsdrohungen gegen eine Reihe anderer Länder verbunden war, das - nach dem 20. Parteitag - furchtbarste und folgenschwerste Verbrechen gegen den Sozialismus und Kommunismus, gegen die Grundrechte der nationalen Selbstbestimmung ebenso wie gegen alle Grundsätze des proletarischen Internationalismus. Es war die ärgste Mißkreditierung und Besudelung aller marxistisch-leninistischen Prinzipien, eine unerhörte Verdrehung und ein himmelschreiender Mißbrauch aller Normen der revolutionären Bewegung. Dieses Verbrechen und die als "Breshnew-Doktrin" bezeichnete sogenannte "Theorie der beschränkten Souveränität", die der Rechtfertigung solcher und anderer imperialistischer Akte dient, macht endgültig klar, daß es keinerlei Brücke mehr zwischen wirklichen Kommunisten, zwischen Marxisten-Leninisten und allen ernstlich für nationale und soziale Befreiung kämpfenden Kräften einerseits und den sowjetischen revisionistischen Führern andererseits gibt.

Kein Marxist-Leninist, kein wirklicher Revolutionär, kein konsequenter Kämpfer für die Sache der nationalen und sozialen Befreiung kann etwas mit den neuen russischen Zaren gemein haben. Das Tischtuch ist restlos und endgültig zerschnitten und kein politisches Wunder kann es mehr zusammenflicken.

Ob es einem nun gefällt oder nicht: der unmittelbarste, potentiell gefährlichste Feind des Sozialismus und Kommunismus ist heute der sowjetische Revisionismus, der alles ins Gegenteil verdreht hat, was uns teuer ist, der sich unserer Sprache und Begriffe zur Rechtfertigung seiner volksfeindlichen aggressiven Großmachtpolitik bedient und der an der revolutionären Weltbewegung eine Sabotage verübt hat und verübt, wie sie der wütendste offene Feind unserer Sache niemals selbst zustandegebracht hätte.

Wo wäre heute der Imperialismus ohne Hilfe der sowjetischen Revisionisten? Sie haben dem schon vom Tod gezeichneten Imperialismus außerordentliche Dienste geleistet und sind heute in Wahrheit seine bedeutsamste Stütze.

Daher ist der Weg zur nationalen und sozialen Befreiung der Völker, der Weg zum Sieg des Sozialismus und Kommunismus in der Welt heute ganz undenkbar ohne restlosen Bruch mit dem Revisionismus, ohne radikale Abrechnung mit ihm, ohne seine völlige Diskreditierung und Entlarvung, wobei



BRESHNEW: "Warum lacht Ihr denn so ? Ich habe doch bloß gesagt, daß wir uns in die inneren Angelegenheiten unserer Bruderländer und -Parteien so wie bisher niemals einmischen werden."

klar sein muß, daß das Zentrum dieses Revisionismus die Moskauer Führerclique bildet. Wir kennen viele Spielarten des Revisionismus, darunter auch solche mit ganz grotesken Formen, aber sie alle sind entweder direkte Metastasen und Folgeerscheinungen des sowjetischen Revisionismus, oder sie wären ohne ihn unvergleichlich leichter unschädlich zu machen. Somit ist der sowjetische Revisionismus das Hauptproblem, mit dem wir es auf diesem Gebiet zu tun haben.

Alle diese Fakten und Schlußfolgerungen machen noch deutlicher, was wir schon wiederholt unterstrichen haben: Illusionen über den sowjetischen Revisionismus sind heute die gefährlichste politische Sünde, die es gibt, denn sie erwachsen aus dem Unverständnis der Hauptsache. Wer solche Illusionen hegt, der hat das Wichtigste nicht verstanden und wird in Zukunft immer weniger verstehen.

VERSCHÄRFUNG DER REAKTIONÄREN DIKTATUR, GARNIERT MIT "LINKEN" PHRASEN

Dieses Problem ist in der gegenwärtigen Situation besonders ernst, da die weitere Entartung des sowjetischen Revisionismus auch mit einer Verstärkung seiner Demagogie verbunden ist. Der neuen Phase der revisionistischen Degeneration entsprechen auch neue Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Massenbetrugs. Sie ergeben sich unmittelbar aus dem aggressiven Charakter des Sozialimperialismus, aus seiner immer gewalttätigeren Natur.

In der Sowjetunion herrscht nun die reaktionäre Diktatur einer neuen privilegierten Schichte, die sich rasch als neue Ausbeuterklasse konstituiert und ihre Diktatur nach innen und nach außen verschärft. Die Chruschtschowsche Politik der sogenannten "Liberalisierung", "Auflockerung", "Entdogmatisierung", "Dezentralisierung" usw., die bloß eine Ausdrucksform der Liquidierung der Arbeitermacht, der Beseitigung der Diktatur des Proletariats war, hat ihren Zweck schon erreicht. Jetzt steht die Festigung und Konsolidierung der revisionistischen Diktatur auf der Tagesordnung, also gibt es wieder Entliberalisierung, Reglementierung,

Zentralisierung und Straffung - selbstverständlich mit negativen Vorzeichen, in konterrevolutionärer Richtung. Damit entsteht aber eben die Möglichkeit und Notwendigkeit, eine Art von "Wiederherstellung" der "Disziplin", der "Wachsamkeit", der "Einheit und Geschlossenheit", kurz gesagt, der "Autorität" in Staat, Gesellschaft und Partei vorzuexerzieren. Übersieht man, daß diese "Autorität" ihren Klassencharakter inzwischen völlig verändert hat, so kann einem diese Konsolidierung der reaktionären Diktatur als eine "Linkswendung" erscheinen und fällt man vollständig der pseudorevolutionären, scheinlinken Demagogie zum Opfer, mit der die sowjetischen Führer ihr eigenes und andere Völker zu betrügen versuchen.

Dieser Betrug ist doppelt gefährlich, weil die sowjetischen Revisionisten bei ihm die millionenfache Hilfe und Unterstützung der gesamten internationalen Bourgeoisie, insbesondere ihrer reaktionärsten Meinungsmacher und Volksverdummer genießen! Was in Wahrheit eine Absicherung und Verschärfung einer reaktionären Diktatur, der Diktatur einer ausbeuterischen Minderheit, also das absolute Gegenteil der Diktatur des Proletariats ist, wird von der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse tagtäglich als "Restalinisierung", als "Neostalinismus", als "Rückfall in die Vergangenheit", praktisch also als Rückkehr zur revolutionären Politik hingestellt, worauf nicht wenige naive Zeitgenossen, die nicht das Wesen der Erscheinungen erfassen, sondern sich bloß an ein paar Äußerlichkeiten und Schlagworte klammern, hereinfallen.

Für die sowjetischen Führer ist eine solche weltweite Reklame nicht mit Gold zu bezahlen. Sie ist haargenau das, was sie für ihre Zwecke nach innen und außen brauchen. Und sie tun selbst natürlich alles Erdenkliche, um ihren Maßnahmen den Anstrich einer Art "revolutionärer Renaissance" zu geben, sie mit revolutionär klingenden Schlagworten zu beschönigen und den Massen eine "Linkswendung" vorzutäuschen.

So tauchen in ihrem Vokabular mit einem Mal wieder verschiedene Begriffe aus der Vergangenheit auf, Begriffe und Parolen, die sie längst verraten haben und die sie nun für ihre konterrevolutionären Zwecke mißbrauchen wollen. Plötzlich gibt es in der Sowjetunion die literarische Wiedergeburt des Begriffes "Diktatur des Proletariats" - aber in Wahrheit ist das nun nur noch der Deckmantel für terroristische, dem Arsenal des Faschismus entstammende Maßnahmen der Innenpolitik. Es erklingen plötzlich wieder großartige Worte über "proletarischen Internationalismus", "internationale Verpflichtungen der Sowjetunion", "Hilfe für die Bruderparteien" usw. - aber in Wirklichkeit sind das nur mehr demagogische Worthülsen zur Bemäntelung einer reaktionären, imperialistischen Großmachtpolitik der Einmischung, Bevormundung und Unterdrückung. Mit der selben zynischen Heuchelei haben die ärgsten Verräter Lenins auch

Zu Kreuz gekrochen

Bekanntlich stattete im vergangenen Februar/März der als "Außenminister" des Papstes fungierende römisch-katholische Erzbischof Casaroli den Moskauer Führern einen sich über eine ganze Woche erstreckenden Besuch ab. Die westliche bürgerliche Presse hob dabei sowohl den betont freundschaftlichen Empfang des vatikanischen Spitzenfunktionärs als auch die Wichtigkeit seiner Verhandlungen mit den Kreml-Führern hervor. Im Westen sei der Besuch, wie die Wiener "Presse" berichtete, als "von hoher Symbolik" eingeschätzt worden. Konkreter schrieb die "Neue Zürcher Zeitung" vom 5. März 1971, daß es bei den Verhandlungen nicht nur um die Erweiterung der Rechte und Betätigungsmöglichkeiten des katholischen Klerus in der Sowjetunion selbst, sondern namentlich auch um "die Duldung einer gewissen Restauration der kirchlichen Strukturen in der Tschechoslowakei und in Ungarn" ging.

In dem "weltweiten Aufsehen", das laut "Presse" der Empfang des vatikanischen Erzbischofs in Moskau erregte, ging leider die Tatsache etwas unter, daß etwa zur gleichen Zeit eine rund 100 Mitglieder zählende Mammutdelegation römisch-katholischer Priester und vatikanischer Kirchenfunktionäre weite Teile der Sowjetunion bereiste, darunter die Städte Moskau, Leningrad, Vilnius und Zagorsk, und dabei zahlreiche Kontakte und Aussprachen mit klerikalen Kreisen hatte. Es liegt auf der Hand, daß eine solche organisierte Unterstützung, Belebung und Ermutigung



der vatikanischen Tätigkeit in der Sowjetunion ein wichtiges Element zur Stärkung der konterrevolutionären Kräfte überhaupt darstellt.

In diesem Zusammenhang ist ein Artikel interessant, den kürzlich die tadshikische Zeitung "Kommunist" veröffentlichte und in dem von der Eröffnung mehrerer neuer Kirchen in dieser Sowjetrepublik berichtet wird. Das Blatt erklärt diese Entwicklung aus dem zunehmenden Einfluß der Religion und religiöser Institutionen in der sowjetischen Öffentlichkeit.

Die intensivierte Zusammenarbeit der Kremlführer mit dem Vatikan ebenso wie die Ausweitung der klerikalen Einflüsse und Institutionen in der Sowjetunion überhaupt ist kein Zufall. Es ist nur eine neue Bestätigung der Tatsache, daß sich der Revisionismus immer mehr auf die altbewährten Mittel der Konterrevolution stützt, sie bewußt fördert, selbst eine Form der Konterrevolution darstellt.

dessen 100. Geburtstag ausgeschlachtet, bieten sie sich als Führer im "gemeinsamen Kampf gegen den Weltimperialismus" an, lügen sie ihre verbrecherische Okkupation der Tschechoslowakei in einen "Schlag gegen den Imperialismus" um, usw. usf.

DIE WIDERLICHE POSSE MIT DER STALIN-BÜSTE

In dieses Kapitel gehört auch die von der bürgerlichen Presse so oft behauptete angebliche "Rehabilitierung Stalins" durch die Breshnew und Konsorten. Diese schamlosen Heuchler haben es tatsächlich gewagt, das niederträchtige Theater der Aufstellung einer Stalin-Büste an der Kreml-Mauer zu inszenieren, sie machen auf einmal da und dort in Büchern und Filmen einige demagogische Verbeugungen vor dem großen Revolutionär, den sie eben noch als "Bandit", "Schuft" und "Verbrecher" beschimpft haben - alles nur, um auch seinen guten Namen für ihre reaktionären Zwecke zu mißbrauchen. Stalin widerfährt damit nun dasselbe, was Marx, Engels und Lenin widerfahren ist: Als sie lange genug tot waren und man hoffen konnte, ihre Worte und Werke schon genügend verfälscht zu haben, tauchten plötzlich angebliche "Marxisten" und "Lenin-Verehrer" auf, die in Wirklichkeit militante Antimarxisten und Antileninisten waren und nichts anderes im Sinn hatten, als in den Reihen der Revolutionäre Verwirrung zu stiften.

Worum geht es denn in der Stalin-Frage? Geht es um die gelegentliche positive Erwähnung seines Namens in Büchern und Filmen? Geht es um Büsten, Bilder und Worte? Geht es um posthume Blumensträuße und um die Befriedigung sentimentaler Erinnerungen? Nein! Es geht überhaupt nicht um die Person Stalins, sondern es geht um seine politische Theorie und Praxis als hervorragender Revolutionär und Internationalist, als des genialen Schülers und prinzipientreuen Nachfolgers Lenins, der in einer entscheidenden Periode die Arbeitermacht in der Sowjetunion erfolgreich verteidigte und die ganze kommunistische Weltbewegung fast drei Jahrzehnte hindurch vorwärtsgeführt hat. Es geht um die Grundzüge, um das Wesen und den Kern seiner unversöhnlich revolutionären Politik, um jene Grundlagen des Marxismus-Leninismus, die Stalin standhaft befolgte und verteidigte und welche die Revisionisten schändlich verraten. Wir werden nicht gerührt und verzückt auf die Enthüllung einer Büste an der Kreml-Mauer schauen und dabei die verräterische Theorie und Praxis der Veranstalter dieser Show vergessen! Sind die Verbreiter von Lenin-Bildern denn notwendigerweise Leninisten? Waren die Renner, Schärf, Kreisky usw. denn jemals Marxisten, weil sie ab und zu vor Karl Marx den Hut zogen?

Wollten die sowjetischen Führer tatsächlich Marx und Engels, Lenin und Stalin gerecht werden, so müßten sie zuerst einmal einen bedingungslosen Bruch mit der ganzen Politik ihres 20. Parteitags durchführen, müßten sie sich davon in Wort und Tat lossagen, müßten sie die Ursachen und Wurzeln dieses Verrats schonungslos aufdecken und nicht nur alle erforderlichen praktischen Maßnahmen treffen, um die verheerenden Folgen dieser Politik so weit als möglich zu beseitigen, sondern auch eindeutige Vorkehrungen, um eine Wiederholung eines solchen Verrats unmöglich zu machen.

Geschieht das aber auch nur andeutungsweise? Es geschieht das genaue Gegenteil! Die heutigen sowjetischen Führer haben sicherlich einen etwas anderen politischen Stil als ihr Vorgänger Chruschtschow, aber objektiv sind sie noch reaktionärer als er, gehen sie noch weiter bei ihren Packeleien mit den Imperialisten, bei der Sabotage der revolutionären und Befreiungsbewegungen, im Kampf gegen die wirklichen Revolutionäre und Marxisten-Leninisten.

DAS REVISIONISTISCHE AUSLAGENSTÜCK CHILE

Nehmen wir ein aktuelles Beispiel: Bekanntlich hat Chruschtschow die Theorie des sogenannten "friedlichen, parlamentarischen Wegs zum Sozialismus" aus dem ideologischen Misthaufen der Geschichte ausgegraben und wiederaufgefrischt. Seine Nachfolger aber versuchen vor unseren Augen soeben mit großem Stimmaufwand, so einen Betrug auch in der Praxis vorzuführen. Der Wahlerfolg einer dem Wesen nach bürgerlich-liberalen Koalition in Chile wird uns gegenwärtig von den Revisionisten aller Schattierungen und Himmelsrichtungen als das große Vorbild angepriesen, wie man angeblich ganz ohne Revolution, bloß mit dem Stimmzettel im Verein mit allen möglichen bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien und Politikern sogar als kleine Minderheit zur "Volksmacht" und zum Sozialismus kommen könne.

Vor mir liegt die Nr. 12/1970 der in 18 Sprachen herausgegebenen sozusagen "theoretischen" internationalen Zeitschrift der Moskauer Revisionisten "Probleme des Friedens und des Sozialismus". In ihr veröffentlicht Luis Corvalan, der Generalsekretär der chilenischen "Kommunistischen" Partei Breshnewscher Richtung, einen Artikel mit dem triumphierenden Titel: "Chile: Das Volk kommt an die Macht". Wir finden hier auf einem Dutzend sich hochwissenschaftlich gebender Seiten buchstäblich allen Unsinn breitgetreten, den die Moskauer revisionistischen Führer und ihre Nachbeter seit Chruschtschow als ihren "neuen Weg zum Sozialismus" vorstellen.

1.) Der friedliche Weg des Stimmzettels und des Wahlerfolgs habe in Chile ohne Revolution und Blutvergießen dazu geführt, daß der "Machtantritt des Volkes" erreicht wurde und das Land nun "den sozialistischen Weg beschreitet". Auf Grund des Wahlerfolges herrschen heute in Chile angeblich die "konsequentesten antiimperialistischen Kräfte, sei ein "Volksstaat" und "Rechtsstaat" entstanden, der den Sozialismus aufbaut. Somit seien die Voraussagen des 20. Parteitags in der Praxis bestätigt.

2.) Es zeige sich, daß die Imperialisten und Reaktionäre angesichts der "Rechtmäßigkeit des vom chilenischen Volkes errungenen Sieges" recht "vernünftig" seien. "Selbst in den USA sind vernünftige Äußerungen zu hören" und im Lande selbst seien die reaktionären Kräfte "isoliert". "Die Besonderheit der gegenwärtigen Lage in Lateinamerika besteht darin, daß die Welle der Reaktion rasch abebbt". Gleichzeitig hebt Corvalan die Notwendigkeit des Kampfes gegen jene Kräfte hervor, die er als "Ultralinke" bezeichnet.

3.) Das chilenische Beispiel beweise, daß die Mehrparteien-Regierung und die "politische Opposition" auch im Sozialismus fortbestehen könne, ja solches "gerade einer der spezifischen Züge des Vormarsches unseres Landes zum Sozialismus" sei. Daß die sogenannte KP Chiles nur eine kleine Minderheit des Volkes hinter sich hat, scheint Corvalan kein besonderes Problem angesichts des Umstandes, daß ja "mehrere politische Gruppierungen für den Sozialismus kämpfen".

4.) In Chile könne auch eine neue Rolle des alten Staatsapparats konstatiert werden und die Möglichkeit, daß er "unparteiisch" sei gegenüber den gesellschaftlichen Systemen. Die chilenische Armee sei bei der Errichtung der "Volksmacht" neutral geblieben, die "Streitkräfte nahmen am Kampf um die Macht nicht teil". Zwar werde die chilenische Armee seit Jahrzehnten vom US-Pentagon (Kriegsministerium) ausgebildet, doch da "fast alle Offiziere aus dem Mittelstand kommen" und heute "nicht eine einzige öffentliche Institution den sozialen Stürmen in der Welt, dem Schicksal der Millionen in grauenhaftem Elend lebenden Menschen gegenüber teilnahmslos bleibt", griffen die Militärs nicht ein, sondern "wahrten den ihnen eigenen Geist hoher Berufstreue, der Respektierung der Verfassung und der Gesetze". Mehr noch, Corvalan betrachtet diese vom Pentagon ausgebildete Armee als Beschützer und Behüter des "Sieges des Volkes". Sollte nämlich das Parlament nicht tun, was von ihm erwartet wird, so könne es von der Exekutive aufgelöst werden. "Zu irgendeinem Zeitpunkt", freut sich der revisionistische Verfasser, "wird man von diesem Recht wohl Gebrauch machen müssen". So überzeugt uns Corvalan wirklich restlos, daß "man an die Einschätzung der Armeen (des alten kapitalistischen Ausbeuterstaats! Anmkg.) nicht dogmatisch herangehen darf".

5.) Der lästige Klassenkampf ist zum Aussterben verurteilt, denn: "Die Verwirklichung des Programms der Volkseinheit und die weitere soziale Entwicklung müssen zum Verschwinden der Klassenwidersprüche führen".

6.) Selbstverständlich fehlen in dem neuen chilenischen "Volksstaat" auch nicht die anderen revisionistischen Auslagenstücke wie "Mitbestimmung" und "Mitverantwortung" des arbeitenden Volkes, die Arbeiter werden "Gewinnbeteiligung" erhalten usw. Vorläufig gibt es allerdings noch chronische Inflation, ein katastrophales Budgetdefizit, zwei Milliarden Dollar Auslandsschulden, Massenarbeitslosigkeit und noch weiter sinkenden Lebensstandard.

Genug. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen auch seine Herren Verfasser. Neu ist bloß, daß dieselben Leute, die solche haarsträubenden, unvermeidlich in eine blutige Niederlage des arbeitenden Volkes führenden Illusionen schreiben und verbreiten, gleichzeitig vom "Marxismus-Leninismus" reden, die Pariser Kommune hochleben lassen und eine Stalin-Büste an die Kremlwand stellen. Gibt es abstoßendere politische Ganovenstücke?

MIT "GORILLAS" UND MIT TROTZKISTEN ZUM "SOZIALISMUS"

Die im Artikel der Breshnewisten aus Chile deutlich werdende Aufforderung, alle Grunderkenntnisse des Marxismus-Leninismus zum alten Eisen zu werfen, hat auch eine Reihe anderer Strategen dieser Sorte zu Erfindern gemacht. Zum Beispiel in Peru.

Dort hat vor zwei Jahren ein Militärputsch stattgefunden, den die peruanischen Revisionisten damals als Putsch der "Gorillas" und als im Wesen faschistisch einschätzten. Heute paßt das garnichtmehr ins außenpolitische Konzept der Kreml-Führer, also entdeckt prompt ein peruanischer Revisionist in der Nr. 1/1971 der "Probleme des Friedens und des Sozialismus", daß die ursprüngliche Einschätzung leider nicht ganz korrekt war. Es habe sich nicht um einen faschistischen Putsch der Gorillas, sondern vielmehr um einen - wortwörtlich! - "Militärputsch neuen Typus" und mit "revolutionärem Inhalt" gehandelt! Wie zwei Jahre post festum entdeckt wird, sei der Putsch der peruanischen Generäle aber nicht einmal bürgerlich-revolutionär, sondern "von Natur aus antikapitalistisch" gewesen. Die Generäle in Peru wollen ehrlich den "Sozialismus", freilich ohne seine "Inhumanität", worunter sie den Klassenkampf verstehen. So haben sie mittels eines Putsches eine laut Verfasser "halbsozialistische" Gesellschaft errichtet, die sich nun schrittweise weiter "vom Kapitalismus distanziert". Dem revisionistischen Kommentator zufolge ist das ein neuer hoffnungsvoller Beweis, daß sich "eine der stärksten Institutionen der Staatsmacht - die Armee - über die Klassen, denen sie zuvor gedient hat, erheben und zuweilen sogar gegen deren Interessen wirken" könne. Damit nicht genug, ist es sogar ein Beispiel, wie man zum Sozialismus, wenigstens zum "Halbsozialismus", ganz ohne die Massen der Arbeiter und Bauern gelangen kann, also unter Umständen nichteinmal deren Stimmzettel braucht! Möge das werktätige Volk zuerst ruhig meinen, unter der Fuchtel von Gorillas zu leben, aber eines Tages plötzlich, von den Schülern Chruschtschows und Breshnews aufmerksam gemacht, wird es staunend bemerken, schon die ersten Raten des "Sozialismus" zu genießen!

Auch in Burma unter General Ne Win sowie in Ceylon unter einer Koalitionsregierung der Trotzkisten und der prosowjetischen Revisionisten wird in solcher "undogmatischer" Weise kühn am "Sozialismus" gebaut - ohne und gegen das Volk. In Burma hat Ne Win eine reaktionäre Militärdiktatur errichtet, um mit der bewaffneten Erhebung des Volkes fertig zu werden - macht nichts, gemäß den Moskauer Einschätzungen ist sein Regime "antikapitalistisch" und geht den "sozialistischen Weg". In Ceylon metzeln die trotzkistischen und breshnewistischen Minister der Regierung Bandaranaike mit Hilfe eiligst aus den USA und aus der Sowjetunion eingeflogener moderner Kriegsmittel den Aufstand sogenannter "Linksextremisten" nieder, eine aus bitterem Elend geschundener Bauern, brotloser Intellektueller und hungernder Arbeitsloser geborene Erhebung des Volkes, das zwar nicht restlose ideologische Klarheit haben mag, aber zehntausendfache gerechte Beweggründe hat. Aber die Revisionisten werfen Panzer und Bomben gegen das Volk - im "Interesse der Freiheit und des Sozialismus". Wahrlich nur mit Schaudern können wir daran denken, was wir in der nächsten Zeit noch an solchen Beispielen des "Sozialismus" der russischen und nichtrussischen Breshnew und Co. erleben werden.

DER SOZIALISMUS IST KEINE MEDAILLE, DIE DER KREML VERLEIHEN KANN

Alles das beweist, daß der Revisionismus der sowjetischen Führer und ihrer Lakaien zu Formen des krassesten Antimarxismus ausgeartet ist und immer weiter zur offenen Konterrevolution abrutscht. Es beweist, daß sich die sogenannten "kommunistischen Parteien" der Breshnew-Richtung in bloße Anhängsel und Agenturen der sowjetrevisionistischen chauvinistischen Außenpolitik verwandeln. Dort, wo es den wirtschaftlichen und politischen Geschäften und Plänen der Breshnew und Co. dienlich ist, jubeln ihre einheimischen Kreaturen jedes beliebige Ausbeuterregime in den Himmel, entdecken sie begeistert seine "antikapitalistischen" und "sozialistischen" Züge, sofern man sie nur ein wenig am Gewinn dieser Ausbeutung mitbeteiligt. Ihr "Sozialismus" degeneriert so zu einer Art "Ehrenmedaille", welche die Kreml-Führer nach eigenem Gutdünken verleihen oder wieder aberkennen. Auch wenn eine solche prinzipienlose Politik mit noch so vielen pseu-

FORTSETZUNG auf Seite 13

NUMMER 3



Tribüne der jungen Generation

BLÄTTER DER JUGENDSEKTION DER MLPÖ

DIE JUGENDDEMONSTRATION VOM 25. MÄRZ 1971 IN WIEN





Zu ihrer Vorgeschichte

Eigentlich war sie als von allen sich als linksstehend betrachtenden Jugendorganisationen und -Gruppen gemeinsam organisierte Demonstration im Zuge der Kampagne gegen die repressiven Jugend-"Heime" gedacht. Doch was für den illusionslosen Beobachter kein Geheimnis mehr war, mußte erst noch durch praktischen Anschauungsunterricht bestätigt werden: Was sich in der gegenwärtigen Entwicklungsphase der österreichischen Jugendbewegung als "Linke" bezeichnet, ist ein politisch und ideologisch so buntscheckiger, widerspruchsvoller und nach allen Seiten auseinanderfließender Haufen, daß er sich vorläufig höchstens bei Aktionen unter einen Hut bringen läßt, die der österreichischen Innenpolitik sehr ferne liegende Fragen betreffen oder dem System so absolut ungefährlich sind, daß sie fast jeder politischen Richtung die billige Möglichkeit geben, als "fortschrittlich" zu posieren.

Das Problem der repressiven Jugend-"Heime" ist offenbar keine so harmlose Frage. Daß die skandalösen Praktiken mit und in diesen nur dürftig getarnten Jugendzuchthäusern, in deren Mauern immerhin tausende junge Menschen gepfercht sind und von denen zehntausende andere unmittelbar bedroht sind, nichts mit den in Österreich herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu tun hätten, kann schwerlich behauptet werden. Schon wenn man ein bißchen genauer hinsieht, erkennt man hier wie unter einer starken Lupe die typischen Merkmale und Methoden des Ausbeutersystems, seine zynische Vereinigung von sozialen Phrasen mit mittelalterlicher Brutalität. Daher wird die schon längere Zeit laufende Kampagne "Öffnet die Heime!" von den "Nur-Reformern" mit wachsendem Mißtrauen betrachtet.

Es begann schon bei der ersten Sitzung des Vorbereitungs-Komitees der für den 25. März festgesetzten Demonstration. Verschiedene der eingeladenen Gruppen bzw. deren Abgesandte hatten sichtlich Bedenken. Sind die vom österreichischen "Rechtsstaat" in repressive Heime verbannten Jugendlichen nicht vielleicht doch bloß "Asoziale" und "Strolche", "arbeitsscheues" und "lumpenproletarisches Gesindel"? Läuft man mit der Demonstration nicht Gefahr, als Fürsprecher von "Kriminellen" zu erscheinen? Soll man sich denn überhaupt so sehr für Leute einsetzen, deren moralische "Minderwertigkeit" man doch aus so vielen Zeitungsberichten über Straftaten von aus solchen Heimen "entwichenen" Jugendlichen ersieht?

Nicht immer wurden solche Bedenken direkt ausgesprochen und sie waren auch nicht unbedingt der eigentliche Beweggrund des Zögerns. Die Sprecher einiger Jugendorganisationen waren so feige, überhaupt nur technische oder terminmäßige Hindernisse für ihre Mitarbeit vorzuschützen. Jedenfalls konnten sich schon bei der ersten Vorbereitungssitzung nur 7 Gruppen bzw. Organisationen zur Mitarbeit entsc
bereitungssitzung schm
zusammen: es verblieb
"Spartakus" als Ha
pagne und die Jugend

Trotz aller gebotenen B
doch aussprechen, was
verborgen bleiben konnt
nannten "Linken", richt
Protektoren, Leithamm
Mitarbeit der MLPÖ ei
uns hört sich für diese
revolutionäre" der Spaß
freiheit, die sie der Jug
denken, damit sie sich

Es war ein wertvoller L
es in vielen Fällen von "
rasch sich sonst mitunte
auf einen gemeinsamen
Marxisten-Leninisten e
nicht wenige sogenannte
unbewußte Köderfischch

Übrigens hat man einige
der Vorbereitung der De
dann doch dort erblickt:
blättern, in denen sie fü
warben oder einfach für
ten.

Der Verlauf d

Trotz der bei der Vorb
rigkeiten, trotz drücke
und finanziellen Mitteln
scher Mängel, trotz de
versuche von einigen Se
ein außerordentlic
melstelle vor dem Mess
nes ganz mit Plakaten b
die "Kommandobrücke"
mehr als 1000 Ju



lließen. Bis zur zweiten Vor-
lz ihre Zahl dann auf zwei
die Jugendorganisation
ptinitiator der ganzen Kam-
ektion der MLPÖ.

scheidenheit müssen wir hier
elbst einem Blinden nicht
, daß nämlich einigen soge-
ger gesagt, ihren politischen
ln und "Mäzenen", die aktive
arger Dorn im Auge war. Bei
Sozialreformer" und "Sozial-
auf, hier endet die Narren-
end gnädigst einzuräumen ge-
hre Hörner abstoße.

ehrkursus, wie unendlich weit
links" bis links ist und wie
r heftig befehdende "Linke"
Nenner kommen, wenn sie
blicken. Anscheinend sind
"Linke" bloß bewußte oder
n der Rechten.

der Gruppen, die sich von
monstration absentierten,
bei der Verteilung von Flug-
r andere Veranstaltungen
ihren Haufen Reklame mach-

er Demonstration

reitung aufgetretenen Schwie-
den Mangels an technischen
trotz einiger organisatori-
ausgesprochenen Abwerbe-
ten wurde die Demonstration
her Erfolg. An der Sam-
epalast, wo auf dem Dach ei-
klebten Lautsprecherwagens
errichtet war, fanden sich
endliche ein. Als sich der



Zug, voran ein Block mit wehenden roten Fahnen, in dichten Reihen und unter ständigen Sprechchören in Bewegung setzte, widerhallten die Häuserfronten von der zentralen Parole: "Öffnet die Heime! Öffnet die Heime! Öffnet die Heime!" Auf den mit einfachen Mitteln hergestellten Transparenten und wohl an die hundert Tafeln wurde das Hauptanliegen in vielen Versionen abgewandelt:

"Schluß mit den Jugend-KZs!"

"Die Heime sind die Vorstation zum Zuchthaus"

"Macht Kaiser-Ebersdorf zur Baustelle"

"Jugendheime - Schande der Nation!"

"Steckt den Dr. Spiel nach Eggenburg!"

"Wir leben nicht im Mittelalter,
drum schafft sie ab, die Heimverwalter!"

"Freiheit ade - ich muß nach K. E.!"

"Wenn einem Gutes widerfährt,
so ist das sicher nicht im Werd"

"Wir alle gehn im gleichen Schritt,
wer solidarisch ist, geht mit!"

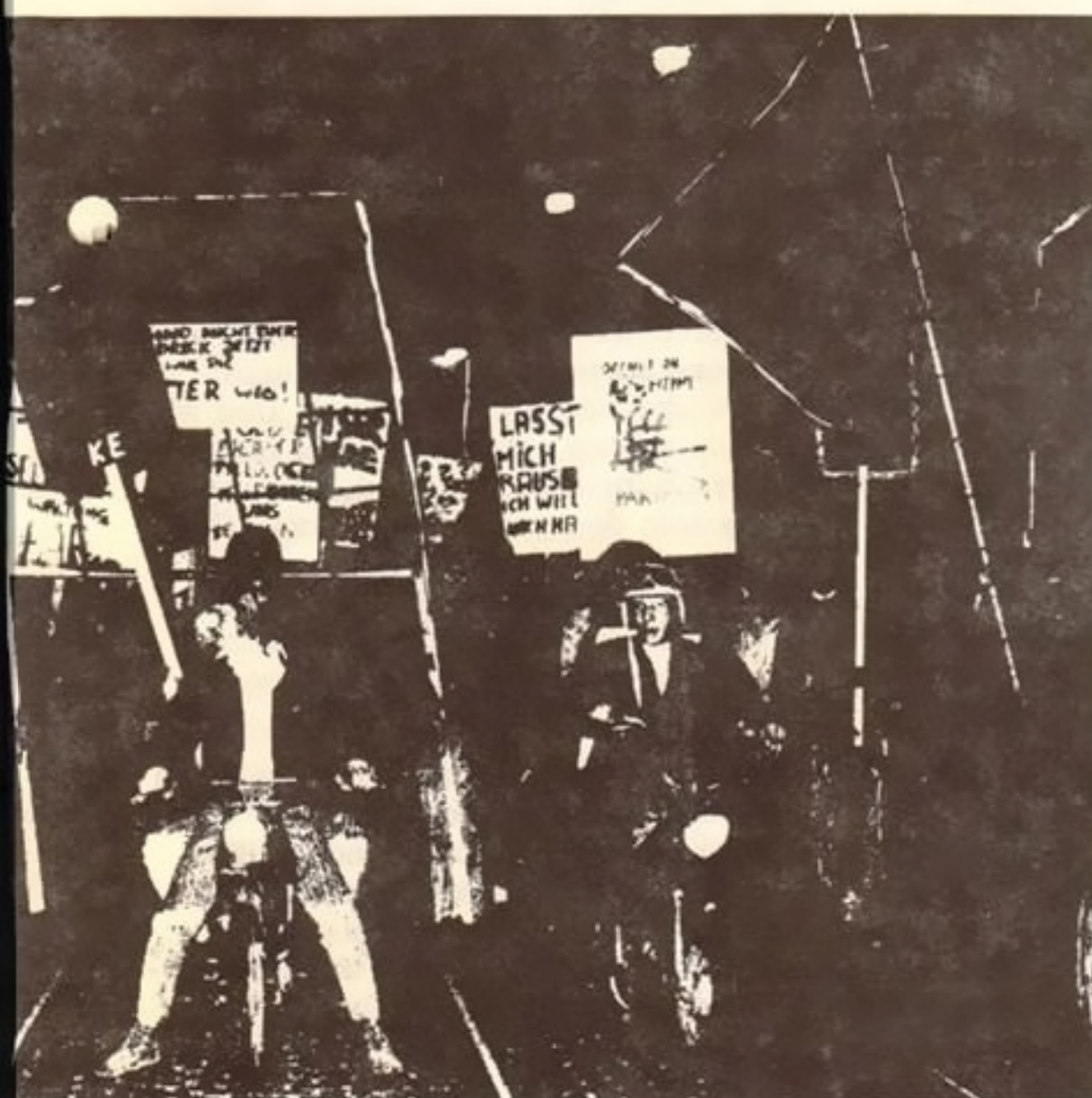
Die erste Station der Demonstration war der Ballhausplatz, wo eine 6-köpfige Delegation zu Bundeskanzler Kreisky entsandt wurde und diesem ein Forderungsprogramm übergab, das unter anderem verlangt:

Abschaffung der repressiven Jugendanstalten Kaiser-Ebersdorf, Kirchberg, Wiener Neudorf, Eggenburg und aller anderen geschlossenen "Erziehungsheime" und "Besserungsanstalten".

Einsetzung von Jugendkommissionen, denen ehemalige Zöglinge angehören, um das System dieser Anstalten zu durchleuchten.

Ausforschung und Bestrafung aller für Mißhandlungen verantwortlichen "Erzieher", Aufseher und ihrer Vorgesetzten.

Schaffung offener, von den Jugendlichen selbstverwalteter Heime und Unterstützung aller Initiativen in dieser Richtung.



Obwohl die Delegation, der als Vertreter der Jugendsektion der MLPÖ Genosse Peter Tesinsky angehörte, angemeldet war, ließ sie Kreisky lange Zeit warten. Anscheinend bestand die Absicht, die Masse der vor dem Bundeskanzleramt versammelten Demonstranten durch stundenlanges Hinhalten zu dezimieren. Da viele Jugendliche rechtzeitig zu Hause sein mußten, hatte diese Hinhaltetaktik einen nicht unbedeutenden Erfolg und reduzierte sich die Zahl der Demonstranten bis zur Rückkehr der Abordnung fast auf die Hälfte. Offenbar war es ein Fehler, so lange zu warten. In Zukunft wird man, wenn wieder eine solche Delegation entsandt werden sollte, die Demonstration nach einer gewissen Zeit fortsetzen und die Delegationsmitglieder über die Erledigung ihres Auftrags erst bei der Schlußkundgebung berichten lassen müssen.

Als die Demonstranten vor dem Bundeskanzleramt warteten, von einem imposanten Aufgebot uniformierter und nichtuniformierter Polizisten förmlich umlagert, versuchten an der Peripherie des Platzes einige NPD-Nazis zu provozieren, wurden aber rasch erkannt und abgefertigt. Auf einen

einzelnen Genossen, der dabei mitgewirkt hatte und dann weggehen mußte, versuchten die Faschisten einige Straßen weiter einen Überfall - buchstäblich unter den Augen von mit Genugtuung zusehenden Polizisten. Es ist notwendig, sich auch auf solche Situationen in Hinkunft besser vorzubereiten.

Leider nicht genügend sorgsam beschützt wurde auch der aus einem Jugendheim "entwichene" junge Genosse Johann Prokesch, welcher der Delegation zu Kreisky angehörte und die Aufgabe hatte, aus eigenem bitteren Erleben über das System und die Methoden der "Heim-Einweisung" und "Heim-Erziehung" zu berichten. Als er sich vorstellte, gab es sichtlich Überlegungen, ob man ihn gleich an Ort und Stelle festnehmen sollte, man entschied sich aber für ein dem Arbeitsstil der Kreisky-Regierung eher entsprechendes Vorgehen. Obwohl Vorkehrungen getroffen waren, Prokesch sofort nach Verlassen des Bundeskanzleramtes in die Mitte zu nehmen und in Sicherheit zu bringen, gelang es einigen "Spezialisten" Holaubeks doch, sich unerkannt an die Fersen des "Heim-Flüchtlings" zu heften und ihn an Abend nach der Demonstration festzunehmen und wieder in ein "Heim" zu verschleppen.

Es war schon relativ spät, als sich die Demonstration in Richtung zum sogenannten "Lehrlingsheim Leopoldstadt" wieder in Bewegung setzte. Der Bericht der Delegationsmitglieder über das arrogante Verhalten Kreiskys, über seine unaufhörlichen demagogischen Berufungen auf "Recht" und "Gesetz", hatte eine wesentliche Politisierung der Demonstration bewirkt und das Bewußtsein der untrennbaren Verknüpfung der Heim-Frage mit den großen gesellschaftlichen Fragen vertieft. Das kam in den Sprechchören und Losungen zum Ausdruck, die nun in den Vordergrund traten:

"KREISKY HAT NUR FAULE TRICKS - FÜR DIE JUGEND TUT ER NIX!"

"POLIZEI, ERZIEHER, PHILOLOGEN - ALLE HABEN UNS BELOGEN!"

"NAZIMÖRDER BEGNADIGT - JUGEND EINGEKERKERT !"

"LASST KREISKY UND SEIN TEAM ARBEITEN GEHEN!"

"IM BETRIEB UND IM HEIM SIND DIE FEINDE DIE GLEICHEN - DIE REICHEN!"

"TÄGLICH - ERFOLGREICHER KAMPF IST MÖGLICH !"

"EINEN FINGER KANN MAN BRECHEN - FÜNF FINGER SIND EINE FAUST!"

Vor dem Rathaus ruft ein Genosse über den Lautsprecher: "Da drinnen sitzen die ganzen Gemeindebonzen und Bürokraten, die Schreibtisch-Verbrecher, die genau über die Zustände in den Heimen informiert sind und sie decken!" Und wie ein donnerndes Echo hállt es sofort immer wieder über den weiten Platz:

"SLAVIK - Schreibtischverbrecher!"

"JACOBI - Schreibtischverbrecher!"

"PROHASKA - Schreibtischverbrecher!"

"SPIEL - Schreibtischverbrecher!"

Über die Augartenstraße hinunter gibt es eine interessante Episode. Die Gehsteige rechts und links der Straße sind mit Menschen bevölkert, die uns zum Teil schon seit dem Bundeskanzleramt begleiten. Man könnte sie für lauter Sympathisanten oder zumindest für Neugierige halten. Doch als die Demonstration jetzt Ketten bildet und in Laufschritt übergeht, läuft eine beträchtliche Zahl der scheinbar nur "neugierigen" Passanten meist älteren Datums prustend und schnaufend mit. Die im Schweinsgalopp wackelnden Wohlstandsbäuche und vor Anstrengung hervorquellenden Augen am Straßenrand lösen schallendes Gelächter bei den Demonstranten aus:

"Schaut Euch die vielen Kiberer an! Wenn wir noch eine Weile laufen, haben wir Holaubeks Geheimwaffe liquidiert!"

Die Kundgebung vor dem Heim in der Leopoldstadt ist von eindrucksvoller Kraft. Das mächtige Gebäude ist verdunkelt, mehrere Reihen von Polizisten schirmen es ab. Doch kaum sind wir da, bevölkern sich die Fenster bis zum obersten Stock mit jungen Gesichtern. "Organisiert Euch! Wenn Ihr drinnen und wir draußen nicht locker lassen, werden wir Euch alle herausholen! Wir kommen wieder!" Sie winken begeistert, daß sie verstanden haben.

Das einem Teil der Auflage dieser Nummer beiliegende Flugblatt wurde am 25. März von der MLPÖ an die Passanten verteilt.

Die nächste Station ist das "Durchzugsheim Werd", schon ein ausgesprochenes Gefängnis mit systematischen Prügelstrafen und sadistischen Quälereien. Hier sind die Fenster dunkel und leer, nur ab und zu wird der Schatten eines der "Erzieher" sichtbar, welche die hier internierten Jugendlichen in Schach halten. Doch sie hören uns, sie müssen uns hören, weil unsere Sprechchöre viele Häuserblöcke weit zu hören sind. Und wie wir später erfahren, sieht man von drinnen aus auch den Feuerschein des großen schwarzen Gitters, das wir als Symbol einer brutalen ausbeuterischen und unterdrückerischen Gesellschaftsordnung auf offener Straße verbrennen.

Mit einer Versammlung im großen Saal des "Bayrischen Hofes" wird die Demonstration beendet. Sie war ein bedeutender Meilenstein auf dem Weg des organisierten Kampfes, den der politisch bewußteste Teil der Jugend beschritten hat.





FORTSETZUNG von Seite 8

dorevolutionären Manövern und scheinlinken Phrasen aufgeputzt wird - mit Sozialismus hat sie dennoch nicht die Spur zu tun.

WIEDERBELEBUNGSVERSUCHE AN EINER LEICHE

Kommen wir nun zum Echo dieser Entwicklung des sowjetischen Revisionismus innerhalb der "K"PÖ. Bis zur Okkupation der Tschechoslowakei gab es in dieser Partei vor allem zwei Flügel. Das waren einerseits die "Halblinken", genauer gesagt die Zentristen, denn ihr Hauptkennzeichen war ihre platonische Sympathie für "links" bei gleichzeitiger Duldung der rechten Praxis, ihr ideologisches Versöhnlertum und Schwanken, ihre knieweiche Haltung des "Einerseits-andererseits" usw. Ihnen gegenüber standen die Cliquen der fanatischen Chruschtschowisten und Über-Chruschtschowisten, die Verehrer der Theorien Togliattis und der Praxis Dubceks. Ihre Unterteilung in einen kleinen prosowjetischen und einen größeren offen prowestlichen Flügel war damals noch nicht so wesentlich. Was die "Halblinken" betrifft, hatten sie große Angst und waren völlig in der Defensive, standen sie zum Teil selbst schon auf der Abschußliste oder vollführten verzweifelte Krümmungen und Wendungen, um sich an ihren Schreibtischen festzuklammern. Sicherlich hatten manche von ihnen gewisse echte Sympathien für uns, akzeptierten sie auch einen Teil unserer Auffassungen, hielten mit unseren Genossen Kontakt, brachten uns Informationen und Materialien, jedoch konnten sie sich infolge ihrer ideologischen Schwankungen, vor allem aber wegen ihrer Ängste um ihre warmen Plätzchen im Parteisekretariat, im Parteibetrieb oder in der Parteiredaktion niemals zu einem konkreten echten Kampf gegen die Ultrarevisionisten aufraffen, die damals vor allem die ideologischen Kommandohöhen der Partei besetzt hielten.

Nach der Okkupation der Tschechoslowakei änderte sich die Lage sehr wesentlich. Nur ein kleiner Teil der Ultrarevisionisten konnte die Okkupation ideologisch verdauen, während ihr weitaus größerer Teil daran von einer prowestlichen Position aus Kritik übte und sogar einen Beschluß durchsetzte, in dem diese in gefilterter und entschärfter Form zum Ausdruck kam. Die zentristischen "Halblinken" aber witterten nun endlich ihre große Chance. Mit den sowjetischen Führern im Rücken hatten sie nun die großartige Möglichkeit, mit ihren Widersachern aufzuräumen. Der massive Druck der sowjetischen Okkupationspolitik und die ungebrochene materielle Abhängigkeit der Partei vom Wohlwollen der sowjetischen Führer ließ über den Ausgang des Kampfes keine Zweifel aufkommen. Was auf dem Hradschin mit sowjetischen Panzern und Soldaten gewährleistet wurde, gelang auf dem Wiener Höchstädtplatz mit weit weniger auffälligen Mitteln: die österreichischen Dubceks, die Fischer, Marek, West und anderen antisowjetisch orientierten Revisionisten, die bis dahin für die schmutzigsten Arbeiten verwendet worden waren, wurden geschaßt und verdrängt und durch jene Pseudolinken ersetzt, die im entscheidenden Moment, als es wirklich schon kein Risiko mehr gab, alles auf die Moskauer Karte gesetzt hatten. Die Ernst Wimmer, Otto Janecek und Gesinnungsgenossen feierten ihre große Stunde; die von der Okkupation der Tschechoslowakei ausgehenden heftigen politischen Wellen hoben sie über Nacht in Positionen, von deren Erreichung sie früher nicht einmal zu träumen gewagt hätten. Klar, daß sie in der Folge nicht aufhörten, mit diesem Pfund zu wuchern und daß sie sich bei ihren Wohltätern wichtig machen. Sie beeilten sich auch, den schon vorher "etablierten", aber bis dahin höchst vorsichtig taktierenden Breshnewianern wie Erwin Scharf , Hans Kalt usw. den nötigen Rückhalt zu geben, um die seinerzeitige Distanzierung von der Okkupation unseres Nachbarlandes offen zu verwerfen und durch einen gegenteiligen Beschluß zu ersetzen, der ein unverhüllter Lobgesang auf den Militärstiefel der neuen Zaren ist.

Der 21. Parteitag der "K"PÖ im Mai vorigen Jahres brachte den vollen "Sieg" der zu eifrigen Breshnewianern gemauserten "Halblinken" in dieser Partei. Seither zeichnen sie sich uns gegenüber durch die selbe hundertfünfzigprozentige Feindschaft und Gehässigkeit aus, welche von den Mareks und Co. zu empfangen wir früher die Ehre hatten.

An dieser ihrer traurigen Rolle ändert auch die quasi "klassenkämpferische" Tünche nichts, der sich die so rasch avancierten Pseudolinken bedienen. Daß sie eifrigst alles aufgreifen und anpreisen, was die Breshnew-Clique an scheinrevolutionären Manövern unternimmt, hat mit echten revolutionären Sympathien und Neigungen natürlich nichts zu tun. Es ist bloß die Lebenslüge dieser Leute, mit der sie ihre restlose Einordnung in die revisionistische Hierarchie vor sich selbst und vor anderen zu beschönigen suchen. Dieses neu aufgegossene "Linkslertum" ist für die "K"PÖ auch insoferne eine Notwendigkeit, als sie hofft, damit ihr völliges Aufgeriebenwerden und ihren gänzlichen Zerfall wenigstens zeitweilig stoppen zu können.

Auch wenn der "K"PÖ heute die Ernst Fischer, Franz Marek, Franz West usw. nicht mehr angehören, gibt es in ihr keine Spur eines "Schrittes nach links", keinen Hauch einer Wiederbesinnung auf wirklich revolutionäre Grundsätze. Was es gibt, ist lediglich eine totale Gleichschaltung im Sinne der Moskauer Revisionisten. Mag sein, daß man in den Resten dieser Partei mit dem gegenwärtigen Kurs eine gewisse "Disziplin" und "Ordnung" wiederherstellen kann, aber das wäre lediglich die Disziplin von Ja-Sagern, die Ordnung der restlos Von-außen-Gelenkten; eine "Disziplin", welche die KPÖ-Mitglieder dazu verurteilt, die Mitverantwortung für die größten Verbrechen gegen den Sozialismus und Kommunismus zu übernehmen. Das ist aber nur um den Preis einer noch gründlicheren Isolation dieser Partei vom arbeitenden Volk, um den Preis ihrer weiteren Verächtlichwerdung möglich, sodaß sie schließlich nicht mehr als politischer Faktor, sondern nur noch als Vogelscheuche der Reaktion, als abschreckendes Beispiel weiterexistieren wird.

Selbstverständlich gibt es in der "K"PÖ auch jetzt immer noch Menschen, die wirklich den Sozialismus wollen und weder die schändliche Rolle der sowjetischen Führer noch die ihrer österreichischen Gefolgsleute durchschauen, weil sie weder über genügend politisch-ideologische Klarheit noch über ausreichende praktische Erfahrungen im Klassenkampf verfügen. Selbstverständlich dürfen wir nicht aufhören, uns weiter geduldig um jeden einzelnen solchen Menschen zu bemühen. Zugleich aber darf man

nicht verkennen, daß die Verwirrung in ihren Köpfen im Moment größer ist denn je und Gefahr besteht, daß ihre Isolation von der revolutionären Bewegung und vom arbeitenden Volk umso größer wird, je länger sie in der revisionistischen Partei verbleiben.

Für unsere Partei wäre es verhängnisvoll, wenn sie so wie in ihrer ersten Entwicklungsphase der Meinung wäre, die revisionistische Partei sei das hauptsächliche Reservoir für die Rekrutierung von neuen Mitgliedern und Aktivisten für die marxistisch-leninistische Organisation, denn dieses "Reservoir" ist inzwischen rapide ausgetrocknet oder hat sich weitgehend in einen alles revolutionäre Leben erstickenden Sumpf verwandelt. Die "K"PÖ ist heute eine Leiche, die keinerlei ärztliche Kunst wieder zu wirklichem Leben erwecken kann. Die revolutionären Kräfte unseres Landes müssen ihr Augenmerk auf wichtigere Dinge lenken. Das große Reservoir, dem sie sich zuwenden müssen, um ihre Reihen zu stärken, sind die Massen des arbeitenden Volkes in Stadt und Land, wo immer sie in Bewegung geraten und im Kampf für ihre Interessen und Forderungen stehen. Unser wichtigstes Reservoir aber ist die arbeitende Jugend. Gewiß ist die zähe und geduldige revolutionäre Arbeit in ihrer Mitte nicht leicht, muß man dabei oft buchstäblich beim kleinen Einmaleins des Marxismus beginnen und mühsam aufbauen. Dennoch ist das die einzige Möglichkeit für unsere Partei, die Mitkämpfer zu gewinnen und die Waffen zu schmieden, die sie braucht, um ihre großen Aufgaben erfolgreich erfüllen zu können.

DIE AM MEISTEN NAZIVERSEUCHTE REGIERUNG DER 2. REPUBLIK !

ÖSTERREICHISCHE PARLAMENTSDELEGATION IN HOLLAND ALS "NAZIVERSEUCHT" ABGEWIESEN !

Der Skandal, den die kürzlich unter Leitung des SPÖ-Unterrichtsministers Gratz nach Holland entsandte österreichische Parlamentarier-Delegation wegen ihrer Zusammensetzung auslöste, ist in den letzten Wochen in ganz Europa und darüber hinaus in der Welt lebhaft kommentiert worden. Nur in Österreich selbst wird die Sache mit allen Mitteln bagatellisiert oder gänzlich vertuscht.

Doch der Skandal hat internationale Ausmaße und das österreichische Volk hat ein Recht auf eine gründliche Information, um die notwendigen Schlußfolgerungen und Maßnahmen treffen zu können.

Wir bringen nachstehend Auszüge aus einer detaillierten Darstellung der Ereignisse in der Züricher "Weltwoche" vom 8. April 1971, die nicht nur recht informativ ist, sondern zugleich zeigt, wie die Tatsache der Naziverseuchung der Kreisky-Regierung selbst von Seiten durchaus bürgerlicher Institutionen und Zeitungen des Auslands eingeschätzt wird:

Entrüstungsstürme löste eine Wiener Parlamentsdelegation aus, die in der vergangenen Woche zum Studium von Unterrichtsfragen nach Holland reiste. Für die Niederländer, auf deren Boden die Hitlersche SS unvergeßlich gewütet hat, war es eine pure Provokation, daß dieser Delegation der frühere SS-Obersturmführer und nunmehrige FPÖ-Chef Friedrich Peter angehörte. Also setzten sie mit Recht Affront gegen Affront: die Widerstandsorganisation protestierte gegen die Anwesenheit der Österreicher; Zeitungen und Fernsehen ereiferten sich über soviel Taktlosigkeit der Kreisky-Regierung; und der Unterrichtsausschuß des holländischen Parlaments fand keine Zeit, die Wiener Abgesandten zu empfangen. "Einen derartigen Skandal haben wir noch nie erlebt", mußte der österreichische Botschafter Johannes Coreth zugeben. Schlagartig zunichte sind die jahrelangen Bemühungen des Wiener Ballhausplatzes, doch endlich vergessen zu machen, daß die Nazibesetzer in den Niederlanden zumeist Österreicher waren (Seyss-Inquart als Reichskommissar, SS-Brigadeführer Rauter als Generalkommissar für die Sicherheit, Rajakowitsch als Leiter des Judenreferats, Fischböck als Generalkommissar für die Wirtschaft, Wimmer als Generalkommissar für Justiz).

Auch eine mutige Pressekonferenz des Wiener Unterrichtsministers Leopold Gratz im Haag vermochte die Situation nicht mehr zu retten. Ganz im Gegenteil, sie goß noch zusätzliches Öl ins Feuer. Schließlich ist der ehemalige Napola-Schüler Gratz in Holland persönlich suspekt, seit er im Juni 1970 namens der SPÖ völlig unqualifizierte Angriffe auf den "Nazijäger" Simon Wiesenthal gestartet hat...

Wir veröffentlichen nachfolgend einen Auszug der Gratz-Pressekonferenz, von der in Österreich begreiflicherweise nur wenig bekannt wurde:

"De Telegraaf": "Stimmt es, daß gleich mehrere Mitglieder der österreichischen Bundesregierung in der Vergangenheit Nazis waren?"

Gratz: "Es gibt kein Mitglied der Bundesregierung, das einstens der NSDAP ange-

hört hat. Allerdings haben zwei Regierungsmitglieder einer sogenannten Zweigorganisation der NSDAP angehört."

"Elsevier" (Jules Huf): "Darf ich Sie korrigieren, Herr Minister? Nach meinen Aufzeichnungen haben von den 15 Wiener Regierungsmitgliedern gleich fünf eine nazistische Vergangenheit - vier waren Mitglieder der NSDAP. Darf ich Ihnen diese Namen mit den Mitgliedsnummern verlesen: der Landwirtschaftsminister Oskar Weihs ist am 1.August 1932 in die Nazi-Partei eingetreten und hat die Mitgliedsnummer 1,089.867 bekommen (er ist 1934 ausgetreten und hat am 23.Mai 1938 neuerlich um Aufnahme nachgesucht.. der Innenminister Otto Rösch ist nach dem Anschluß Österreichs in die NSDAP eingetreten und hat die Mitgliedsnummer 8,595.796; der Bautenminister Josef Moser am 1.Mai 1938, Mitgliedsnummer 6,269.837; und der Benjamin unter diesen Herren, der Verkehrsminister Erwin Frühbauer, ist am 20.April 1944 - als andere Nazis schon eine jüdische Großmutter suchten - zur Partei gegangen, Mitgliedsnummer 10,035.793. Sie selbst waren nicht Mitglied der NSDAP, weil Sie zu jung waren. Sie haben nur eine Nationalpolitische Erziehungsanstalt...besucht.."

Gratz: "Ich kann nur sagen: ich habe Ihre Dossiers nicht. Wenn Sie das in Wien wiederholen, können wir es verifizieren."

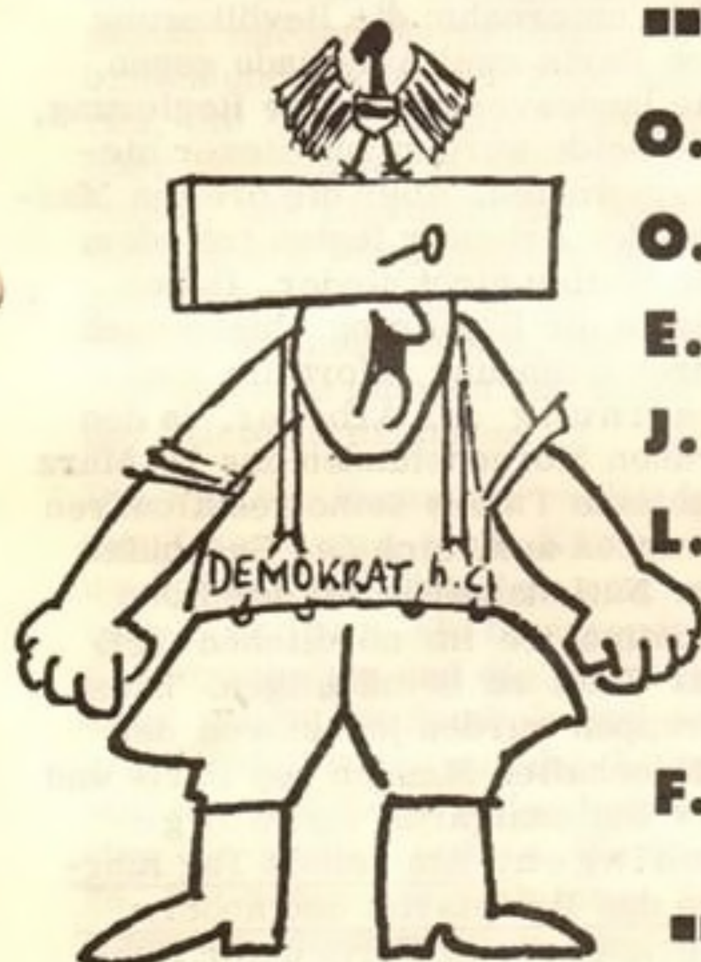
"Elsevier": "Was heißt wiederholen? Ich werde es Ihnen geben."

"NRC-Handelsblad" (Van der Meulen): "Was sagen Sie heute über die vorjährigen Proteste gegen die Ernennung des Landwirtschaftsministers Oehlinger?" (Anmerkung der "Weltwoche": Oehlinger entpuppte sich nach seinem Amtsantritt im Frühjahr 1970 als seinerzeitiger SS-Mann und mußte anschließend aus "Gesundheitsgründen" demissionieren.)

"Het parool": "Sehen Sie ein, daß es nicht klug war, einen alten SS-Obersturmführer in der Unterrichtsdelegation nach Holland mitzunehmen?"

Gratz: "...Wenn jemand keine Kriegsverbrechen begangen hat, wenn jemand 25 Jahre lang durch Reden und Taten gezeigt hat, daß er sich zu einem Demokraten verändert hat, dann darf er in der österreichischen Innenpolitik jede Funktion bekleiden..."

"De Telegraaf": "Die Waffen-SS ist in Nürnberg zur verbrecherischen Organisation erklärt worden. Können Sie sich die Erregung in Holland vorstellen, wenn ein Mitglied dieser Waffen-SS - Stangl und Mengele waren auch bei der



O. ROESCH, Innenminister, Pg. 8,595.796
O. WEIHS, Landwirtschaft, Pg. 1,089.867
E. FRÜHBAUER, Verkehr, Pg. 10,035.793
J. MOSER, Bautenmin., Pg. 6,269.837
L. GRATZ, Unterricht, Zögling von Hitlers Führernachwuchsschule „Napola"

F. PETER, noch o.P., SS-Obersturmführer

AUS EINEM AUSLÄNDISCHEN PORTRÄT DES

VERTEIDIGUNGSMINISTERS KREISKYS

In einem gut informierten Aufsatz über die Entwicklung im österreichischen Bundesheer schreibt die "Neue Zürcher Zeitung" vom 3. April 1971 über den jetzigen Verteidigungsminister im Kabinett Kreisky:

"Der ehemalige Ausbildungschef Lütgendorf hat sich seit seinem Amtsantritt von seiner harten Seite gezeigt, Seine Sprache und seine Maßnahmen rufen Erinnerungen an preußische Kasernenhöfe wach... Lütgendorf, ein Sprößling aus altem Adel preußischer Herkunft, ist zweifellos bestrebt, die Zügel zu straffen..."

Waffen-SS - in einer offiziellen österreichischen Delegation hierher kommt?"

"Elsevier": "Finden Sie es richtig, daß 25 Jahre nach Kriegsende in einem befreiten Land - Österreich ist befreit, Deutschland besiegt und besetzt - fast ein Drittel der Regierungsmitglieder ehemalige Nazis sind? Österreich hat unter den Nazis sehr gelitten. Es hat 200.000 oder 300.000 Menschen verloren. Die Konzentrationslager waren gefüllt mit österreichischen Sozialdemokraten. Warum also, ich wiederhole, müssen heute in der SPÖ-Regierung unbedingt vier alte Nazis sitzen, die sich auf die andere Seite schlugen, als ihr Land in Todesnot war?"

Gratz: "Wir haben 1970 versucht, die sachlich besten Leute zu finden. Echte Fachleute."

100 Jahre Pariser Kommune

Als Nummer 127 (4. Ausgabe 1971) veröffentlichte die "Rote Fahne" vor kurzem den anläßlich des 100. Jahrestags der Pariser Kommune in den drei führenden Presseorganen des sozialistischen China gebrachten grundsätzlichen Artikel " Es lebe der Sieg der Diktatur des Proletariats!" Ergänzend zu diesem Artikel hat die "Peking Rundschau" nun einen kurzen historischen Abriß der Geschichte des grandiosen bewaffneten Aufstands der Pariser Arbeiter von 1871 veröffentlicht, den wir im folgenden wiedergeben.

Am 18. März 1971 führten das Proletariat und die revolutionären Massen von Paris einen bewaffneten Aufstand gegen die reaktionäre Herrschaft der Bourgeoisie durch. Die große Pariser Kommune wurde ins Leben gerufen. Das war der erste Versuch des Proletariats zum Sturz der Bourgeoisie und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats, ein Versuch von welthistorischer Bedeutung.

Die Revolution der Pariser Kommune brach aus, als Frankreich mit Preußen einen Krieg führte und sich die nationalen und Klassenwidersprüche drastisch zuspitzten.

Im Juli 1870 entfesselte Louis Bonaparte (Napoleon III.), Kaiser des französischen Zweiten Kaiserreichs, einen Krieg gegen Preußen. Die französische Armee hatte wiederholte Rückschläge, und die preußische Armee zog in Frankreich ein. Am 1. und 2. September erlitt Napoleon III bei Sedan eine vernichtende Niederlage. Er kapitulierte vor Preußen und wurde gefangengenommen. Die Niederlage der französischen Armee schwächte die Macht der herrschenden Klasse, gleichzeitig erhöhte der Krieg das Bewußtsein des Volkes und beschleunigte den Ausbruch der Revolution. Am 4. September kam es in Paris zur Revolution. Das Zweite Kaiserreich brach wie ein Kartenhaus zusammen, und die französische Dritte Republik wurde proklamiert. Die politische Macht fiel jedoch der Bourgeoisie in die Hand, und eine sogenannte "Regierung der nationalen Verteidigung" wurde von dem reaktionären Offizier Trochu gebildet.

Vom ersten Tag ihrer Gründung an schmiedete diese "Regierung der nationalen Verteidigung" eine Reihe Komplotte zur Kollaboration mit dem Feind und zum Landesverrat. Am 28. Jänner 1971 unterzeichnete sie mit Preußen die "Konvention über Waffenstillstand und die Kapitulation von Paris". Am 17. Februar hob die französische Nationalversammlung, ein Gemisch von Gutsbesitzern und Monarchisten, den Henker und Verräter Thiers in den Sattel, der eine reaktionäre Regierung bildete. Am 26. Februar unterzeichneten Thiers und Bismarck den Präliminarfriedensvertrag, nach dem Frankreich das Elsaß und den östlichen Teil Lothringens an Preußen abtreten und eine Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Francs zahlen sollte.

Als sich die preußischen Truppen Paris näherten und es belagerten, griffen die breiten Volksmassen in der Stadt zum Gewehr und traten der Nationalgarde bei. Die Zahl der Nationalgardisten stieg bald auf 300.000 Mann, wobei Arbeiter die große Mehrheit bildeten. Der Gegensatz zwischen dem bewaffneten Proletariat und der reaktionären bürgerlichen Regierung verschärfte sich immer mehr. Am 31. Oktober 1870 und 22. Jänner 1871 unternahm die Bevölkerung von Paris zwei Aufstände gegen die landesverräterische Regierung, und beide wurden von dieser niedergeworfen. Aber die breiten Massen der Arbeiter legten trotzdem die Waffen nicht nieder. Daher plante die Regierung Thiers nach ihrer Gründung sofort die Entwaffnung der Arbeiter. In den frühen Morgenstunden des 18. März schickte Thiers seine reaktionären Truppen aus, sich der Geschütze der Nationalgarde auf der Höhe Montmartre im nördlichen Teil der Stadt zu bemächtigen. Diese Truppen wurden jedoch von den heldenhaften Massen von Paris und der Nationalgarde zurückgeschlagen. Am selben Tag führten das Proletariat und andere Werktätige von Paris unter Führung des Zentralkomitees der Nationalgarde einen bewaffneten Aufstand durch und besetzten Regierungsämter. Das Zentralkomitee der Nationalgarde wurde zur provisorischen Regierung der Revolution. Die reaktionäre Thiers-Regierung flüchtete nach Versailles.

Am 26. März wählte die Bevölkerung von Paris die Mitglieder der Kommune, am 28. März wurde die Pariser Kommune feierlich proklamiert.

In bezug auf die Pariser Kommune hob Marx hervor: "Ihr wahres Geheimnis war dies: Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse." ("Der Bürgerkrieg in Frankreich").

Das erste Dekret, das die Kommune nach ihrer Errichtung ankündigte, war die Abschaffung des

stehenden Heeres der Bourgeoisie und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk.

Die Pariser Kommune brach die bürgerliche bürokratische Maschinerie, die das Volk versklavt hatte. Die Kommune leitete den Staat, indem sie die Gesetzgebung mit den Exekutivfunktionen verband. Um die Staatsbeamten zu wirklichen Dienern des Volkes zu machen, schaffte die Kommune das System hoher Gehälter ab sowie alle Privilegien der früheren Staatsbeamten.

Wirtschaftlich ergriff die Pariser Kommune eine Reihe Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger. Sie übergab an Arbeitergenossenschaften die von den Kapitalisten verlassenen oder geschlossenen Werkstätten und Fabriken und verbot den Fabrikherren, die Arbeiter durch Geldbußen oder Lohnabzüge zu schröpfen. Sie befahl, das Eigentum der Werktätigen in den Pfandhäusern den Eigentümern zurückzugeben, und gab die Verordnung heraus, die Mietenzahlungen zu stunden und einen Teil der Miete zu erlassen.

Die Pariser Kommune verkündete die Trennung von Kirche und Staat, Enteignung aller Kirchen als besitzende Körperschaften und die Beseitigung aller religiösen Symbole und religiösen Aktivitäten aus den Lehranstalten. Auf diese Weise begann sie, die geistlichen Werkzeuge, mit denen das Volk lange Zeit hindurch unterdrückt wurde, zu zerbrechen.

Hervorragende Söhne und Töchter der Arbeiterklasse vieler Länder nahmen Anteil an der revolutionären Sache der Kommune, einige von ihnen wurden Mitglieder der Kommune. Die Kommune ordnete eigens den Sturz der Vendôme-Säule an, die als Sinnbild des Chauvinismus der Bourgeoisie im Zentrum von Paris emporragte. Die Revolution der Pariser Kommune brachte den erhabenen Geist des proletarischen Internationalismus zur Geltung.

Die über Paris flatternde rote Fahne der proletarischen Revolution war eine ernsthafte Drohung für die alte Welt. Die reaktionäre Regierung Thiers massierte ihre reaktionären Streitkräfte in Versailles und eröffnete am 2. April Angriffe auf die Pariser Kommune. Preußens Ministerpräsident Bismarck stellte der Versailler Regierung 100.000 Mann der im französisch-preußischen Krieg gefangengenommenen bonapartistischen Truppen zur Niedermetzelung der Pariser Arbeiter zur Verfügung.

Am 21. Mai rückten die reaktionären Versailler Truppen in Paris ein, während die heroischen Pariser Arbeiter zum bewaffneten Widerstand Straßenbarrikaden errichteten. Heftige Straßengefechte gingen vor sich; dies ist in der Geschichte als die "Mai-Woche des Blutvergießens" bekannt. Die Bevölkerung von Paris, Frauen und Kinder eingeschlossen, beteiligte sich an der Verteidigung der Staatsmacht des Proletariats. Jede Straße und jedes Haus wurde zu einer Festung der Kommune-Kämpfer zur Selbstverteidigung und zur Vernichtung des Feindes. Am 24. Mai besetzten die reaktionären Thiers-Truppen das Rathaus, den Sitz der Kommune-Organe. Am 27. Mai zogen sich die Kommune-Kämpfer schließlich zu dem Friedhof Père-Lachaise im östlichen Teil von Paris zurück und führten einen unnachgiebigen Kampf auf Leben und Tod gegen den Feind, bis sie alle heldenhaft an der "Mauer der Föderierten" ihr Leben hingaben.



Am 28. Mai nahmen die Versailler Banditen ganz Paris ein und begannen ein brutales Massaker an der Bevölkerung von Paris. Die Stadt geriet wieder unter die finstere Herrschaft der Bourgeoisie.

Die großen Lehrer des Proletariats Marx und Engels zeigten ständige und begeisterte Anteilnahme an dem Kampf des Proletariats von Paris und lobpriesen dessen Heldenmut und revolutionäre Initiative. In London benutzten Marx und Engels jede Möglichkeit, mit der Pariser Kommune Kontakt herzustellen und gewährten ihr Unterstützung und Hilfe. Marx gab der Pariser Kommune persönlich viele wertvolle Ratschläge und sandte hunderte Briefe an alle Sektionen der Ersten Internationale, in denen er die Arbeiter verschiedener Länder zur Unterstützung der Pariser Kommune aufforderte. Nur zwei Tage nach der Niederlage der Pariser Kommune las Marx dem Generalrat der I. Internationale sein berühmtes Werk "Der Bürgerkrieg in Frankreich" vor, in dem er die gewaltigen Verdienste der Pariser Kommune allseitig darlegte und ihre Erfahrungen und Lehren zusammenfaßte. Marx stellte fest:

"Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen." Das Proletariat kann seine gesamte historische Mission nur dann erfüllen, wenn es mit revolutionärer Gewalt die Staatsmaschinerie der Bourgeoisie zerbricht und zerschlägt und die Diktatur des Proletariats ausübt.

Eine wesentliche Ursache für die Niederlage der Pariser Kommune liegt darin, daß es damals keine Führung durch eine proletarische politische Partei gab, die ihr Denken durch den Marxismus leiten ließ. In einigen Fragen beging die Kommune schwere Fehler. Wie Marx und Engels hervorhoben, unterließ es die Kommune, ihre Siege auszunutzen, um nach Versailles, der Hochburg der Konterrevolution, zu marschieren; sie unterließ es, die Konterrevolutionäre fest und entschlossen zu unterdrücken und solch wichtige finanzielle Institutionen wie die Bank von Frankreich zu beschlagnahmen. Außerdem schloß die Kommune kein Bündnis mit der Bauernschaft und gewann daher nicht deren Unterstützung.

Obwohl die Pariser Kommune nur 72 Tage bestand, behalten ihre Heldentaten bei der Errichtung und Verteidigung der Diktatur des Proletariats für immer ihren Glanz. "Die Prinzipien der Kommune sind ewig." Ihren Märtyrern bewahren das Proletariat und die revolutionären Volksmassen aller Länder stets ein ehrendes Andenken. Der 18. März ist für immer ein ruhmvoller Festtag des Proletariats auf der ganzen Welt.

Solidaritätserklärungen des 2. Parteitags der MLPÖ

Unzerstörbare kämpferische Verbundenheit mit dem revolutionären China !

Der Zweite Ordentliche Parteitag der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs entbietet der KP Chinas, ihrem Zentralkomitee unter der Führung des Vorsitzenden Mao Tsetung und des Vizevorsitzenden Lin Piao, sowie dem ganzen bewundernswerten chinesischen 700-Millionen-Volk brüderliche Kampfesgrüße.

Die österreichischen Marxisten-Leninisten hegen für das große China, für sein begabtes Volk und seine ruhmreiche marxistisch-leninistische Partei hohe Bewunderung und Gefühle untrennbarer revolutionärer Verbundenheit. Sie erkennen in der Volksrepublik China das heutige Hauptbollwerk der Weltrevolution, in der KP Chinas das große Vorbild einer wirklich kommunistischen Kampfpartei, in Genossen Mao Tsetung den größten Theoretiker und Praktiker des Marxismus-Leninismus unserer Epoche.

Mit unerhörtem Fleiß, erfüllt von den Idealen des Marxismus-Leninismus, in der Arbeit und im Kampf vor keiner Schwierigkeit zurückschreckend und bis zum Äußersten entschlossen, überwindet das chinesische Volk die Folgen jahrhundertelanger Ausbeutung und Unterdrückung, baut mit gewaltigen Schritten den Sozialismus auf und gibt damit allen Völkern der Welt ein grandioses Beispiel. Zugleich zeigt China mit seiner Großen Proletarischen Kulturrevolution, daß die revisionistische Entartung kein unvermeidliches Schicksal der Revolution ist, sondern die revolutionären Errungenschaften erfolgreich verteidigt, die Revolution siegreich weitergeführt werden kann, wenn an ihrer Spitze eine wirklich marxistisch-leninistische, der Sache der arbeitenden Massen restlos ergebene Führung steht.

Der Sieg des Volkes in China, dem volkreichsten Land der Welt, die ununterbrochene Konsolidierung und der zielstrebige Ausbau dieses Sieges verändern wahrhaftig das Antlitz der Erde. Das ist eine unerschöpfliche Quelle der Kraft und Zuversicht, der Begeisterung und der Siegesgewißheit aller um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völker und Klassen. Das ist das immer heller leuchtende Flammenzeichen, welches das unvermeidliche Ende aller Gesellschaftsordnungen der Ausbeutung und der Massenunterdrükkung kündet.

Das erklärt, warum Imperialismus und Revisionismus, alle Reaktionäre und ihre Handlanger das sozialistische China so hassen. Das erklärt aber auch, warum es die wahren Kommunisten und Revolutionäre, die fortschrittlichen und freiheitsliebenden Kräfte in aller Welt so lieben und verehren.

Die Haltung zum neuen China, zum China der Großen Proletarischen Kulturrevolution, zum China Mao Tsetungs, ist heute der große Prüfstein, an dem sich die Geister scheiden. Hier gibt es keine Neutralität. Fortschrittlich, revolutionär, zukunftsverbunden zu sein, heißt heute an der Seite des revolutionären China zu stehen.

Es lebe das mächtige, unbesiegbare revolutionäre China !

Es lebe die ruhmreiche KP Chinas !

Es lebe der große Lehrer der Revolution, Mao Tsetung !

Es lebe der Marxismus-Leninismus !



Revolutionärer Gruss dem sozialistischen Albanien !

Die österreichischen Marxisten-Leninisten sind mit dem albanischen Volk und seiner Partei der Arbeit durch besonders enge Bande der Freundschaft, der Wertschätzung und der Dankbarkeit verbunden. Die erste Stimme, die zum entschlossenen Kampf gegen den revisionistischen Verrat, zur kühnen Wiedererhebung der Fahne des revolutionären Kampfes für den Sturz der alten Ausbeutergesellschaft, zur konsequenten Weiterführung des Werkes von Marx, Engels, Lenin und Stalin rief, hörten wir aus dem kleinen Albanien. Die räumliche Nähe dieses Landes im Süden Europas bot dann immer mehr Österreichern die Möglichkeit, dieses Land, seine Partei und seine Menschen, auch persönlich kennen- und bewundern zu lernen. Weit über die Reihen der österreichischen Marxisten-Leninisten hinaus hat sich seither in unserem Volk die Gewißheit verbreitet:

Albanien ist jenes europäische Land, in dem trotz eines schweren Erbes äußerster Rückständigkeit, trotz kapitalistischer Umkreisung, trotz bewaffneten Drucks von außen, trotz wütender revisionistischer Sabotage und Blockade, trotz aller erdenklichen Schwierigkeiten eines kleinen und armen Landes konsequent und unbeirrbar der Sozialismus verwirklicht wird, rasch wächst und erfolgreich gedeiht.

Unter Führung der Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hodscha an der Spitze entwickelte sich Albanien zur uneinnehmbaren Festung der Revolution und des Sozialismus in Europa, festigt und stärkt diese Rolle und Stellung von Tag zu Tag, wird im Bewußtsein immer größerer Massen in Europa und in der ganzen Welt zum lebendigen Beweis der Überlegenheit des konsequent verwirklichten Sozialismus, der unendlichen Möglichkeiten der revolutionären Arbeitermacht, der unbedingten Sieghaftigkeit des Marxismus-Leninismus.

Mit ihrer folgerichtigen revolutionären Arbeit und ihrem unermüdlichen Kampf leistete und leistet die albanische Partei der Arbeit einen unschätzbaren Beitrag zur Sache der Weltrevolution. Sie demonstriert in überzeugender Weise, wie die sozialistische Revolution auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet durch die Revolution auf dem Gebiet des menschlichen Bewußtseins, der Ideologie und der Moral ergänzt werden muß, um die Quellen bürgerlicher und revisionistischer Versumpfung und Entartung zu verstopfen und die siegreiche Weiterentwicklung des Sozialismus zu gewährleisten.

Das albanische Volk ist ein kleines Volk. Umso höher aber ist sein Mut, seine Ausdauer, seine revolutionäre Unbeirrbarkeit einzuschätzen, umso begeisternder ist sein Beispiel und Vorbild.

Der Zweite Ordentliche Parteitag der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs erneuert sein Bekenntnis brüderlicher Verbundenheit und unzerstörbarer Kampfesfreundschaft mit dem revolutionären Albanien. Er entbietet dem heroischen albanischen Volk, seiner großartigen marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit und seinem genialen Führer und Lehrer, Genossen Enver Hodscha, die herzlichsten revolutionären Grüße.

Es lebe das heroische albanische Volk und seine kampferprobte marxistisch-leninistische Partei !

Es lebe der weltweite Kampf gegen den von den USA geführten Imperialismus und gegen den modernen Revisionismus mit der Kreml-Führung an der Spitze!

Es lebe die untrennbare Kampfgemeinschaft der Marxisten-Leninisten aller Länder!

Solidarität mit den revolutionären Kämpfern in aller Welt !

Der Zweite Ordentliche Parteitag der MLPÖ unterstreicht und bekräftigt deren Bekenntnis zur kämpferischen Gemeinsamkeit mit allen revolutionären Kräften der Erde, als deren untrennbarer Teil sie sich fühlt.

Im besonderen grüßt der Parteitag die heldenhaft kämpfenden Völker Vietnams, Kambodschas und von Laos, die im bewaffneten Kampf gegen den US-Imperialismus, den ärgsten Feind

des Friedens und der Freiheit aller Völker stehen, dabei unerhörte Opfer bringen und die Geschichte des antiimperialistischen Befreiungskampfes durch immer neue Heldentaten bereichern. Diese Heldentaten prägen sich immer tiefer ins Bewußtsein aller Völker ein und mobilisieren sie zur Verstärkung des eigenen Kampfes. Sie bilden eine ständige Mahnung und Verpflichtung für alle wirklich revolutionären Kräfte der Welt, das Äußerste dessen zu tun, was im eigenen Land für die große gemeinsame Sache des Befreiungskampfes in aller Welt getan werden kann.

Die revolutionären Kampfesgrüße des Parteitags gelten ebenso den tapferen palästinensischen Freiheitskämpfern, die gegenwärtig eine besonders schwierige Periode durchleben, aber den bewaffneten Kampf entschlossen fortsetzen und unter großen Opfern die Voraussetzungen künftiger Siege schaffen.

Mit unseren Gedanken und Gefühlen brüderlicher Verbundenheit und inniger Solidarität sind wir gleichzeitig bei allen anderen wahren Revolutionären, die in Europa und Asien, in Nord- und Südamerika, in Afrika und Australien, für eine Sache und für Ideale kämpfen, die auch die unseren sind.

Wir versichern sie alle, daß wir unsere Anstrengungen verdoppeln werden, um die vor uns stehenden großen nationalen und internationalen Aufgaben ehrenvoll zu erfüllen, aus dem Beispiel unserer Genossen in aller Welt zu lernen und uns als eine unter den vielen Abteilungen der weltumspannenden revolutionären Bewegung zu bewähren.

Es lebe die weltweite Solidarität im Kampf gegen den US-Imperialismus und alle seine Helfershelfer!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe die sozialistische Weltrevolution!

An die
Verwaltung der „ROTEN FAHNE"
1150 Wien, Goldschlagstraße 64/5

Bestellschein

O Ich bestelle hiemit ein **Abonnement** der **„Roten Fahne"** zum Preis von S 35,— für ein Jahr. Den Abonnementbetrag zahle ich nach Zusendung eines Erlagscheines ein.

O Ich wünsche die **unverbindliche** Zusendung von **Probenummern** der „Roten Fahne".

Vor- und Zuname: ____________________

Genaue Adresse: ____________________

Postleitzahl: ________

Besondere Wünsche: ____________________

____
Ort und Datum

Nichtzutreffendes bitte streichen.
Bei Name und Adresse bitte Blockbuchstaben.

____
Unterschrift

(Hier abtrennen und einsenden)



Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

(MLPÖ)



Erscheint monatlich.
Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ)
Herausgeber und Verleger: Franz Strobl. Für den Inhalt und den Druck verantwortlich: Peter Tesinsky. Alle 1150 Wien, Goldschlagstrasse 64/5.
Keine Inseratenannahme. Zuschriften und Bestellungen von Abonnements oder Probenummern erbeten an die Redaktion der "Roten Fahne", 1150 Wien, Goldschlagstrasse 64/5. Telefon 92-33-88. Jahresabonnement S 35,-, Halbjahresabonnement S 20,-, Auslandsabonnement S 45,- (DM 7,00) Postscheckkonto Nr. 173.848

